

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Der Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung



Der gesamte Zuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung betrug nach „Statistik und Wirtschaft“ Nr. 24 im Rechnungsjahr 1926/27 rund 13,5 Milliarden Mark, 1925/26 rund 11,7 Milliarden Mark. Der Zuschußbedarf ist demnach um 15,6 Proz. gestiegen. Von der Steigerung des Zuschußbedarfs wird am meisten das Reich betroffen, und zwar mit rund zwei Dritteln. Insgesamt beträgt die Steigerung 1829,1 Millionen Mark. Davon entfallen auf:

	Millionen Reichsmark
Reich	1251,7
Länder	165,3
Gemeinden (Gemeindeverbände)	379,5
Hansestädte	32,6
Gesamt	1829,1

Daraus erklärt es sich schließlich auch, daß der Anteil des Reiches am Gesamtzuschußbedarf größer geworden ist. Er betrug 1925/26 41,1 Proz., 1926/27 aber 44,7 Proz. Bei den Ländern trat eine Derringerung von 23,3 auf 21,4 Proz., bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden von 32,9 auf 31,3 und bei den Hansestädten von 2,7 auf 2,6 Proz. ein. Die Mehrbelastung des Reiches haben hauptsächlich die Wirtschaftsförderung, Erwerbslosenfürsorge und die Kriegslasten verursacht. Die äußeren Kriegslasten hat das Reich ganz zu tragen, der Reichsanteil am Zuschußbedarf der Wirtschaftsförderung stieg von 13 auf 43,2 Proz., an der Erwerbslosenfürsorge von 35,7 auf 47,1 Proz.

Unter den Zuschußbedarfssteigerungen steht das Wohlfahrtswesen an erster Stelle. Die Steigerung beträgt hier pro Kopf 32,5 Proz. Verteilt auf die einzelnen Verwaltungszweige beträgt die Steigerung bei der Erwerbslosenfürsorge in Prozent je Kopf 111,5, bei der Wirtschaftlichen Fürsorge 22,4, beim Wohnungs- und Siedlungswesen 13,1, bei der Jugendwohlfahrt und beim Gesundheitswesen 9,6. Der Steigerungsbetrag gegenüber 1925/26 beträgt in Millionen Mark bei der Erwerbslosenfürsorge 491,7, bei der Wirtschaftlichen Fürsorge 257,5, beim Wohnungs- und Siedlungswesen 105,8 und bei der Jugendwohlfahrt und dem Gesundheitswesen 38,3, insgesamt beim Wohlfahrtswesen 893,3 Millionen Mark. Der Zuschußbedarf der Kriegslasten ist um 468,8 Millionen Mark höher, in Prozent je Kopf beträgt die Steigerung 16,5. Der Schuldendienst und die Schuldenverwaltung des Reiches und der Länder zeigen eine Steigerung von 275,1 Millionen Mark. Auf die übrigen Aufgabengebiete entfallen 191,9 Millionen Mark.

Von der Zunahme des Gesamtzuschußbedarfs entfallen in Prozent

Für	Auf Reich	Länder	Gemeinden, Gemeindeverbände	Hansestädte
Erwerbslosenfürsorge	57,2	18,3	23,8	0,2
Wirtschaftliche Fürsorge	18,9	12,3	64,6	4,2
Wohnungs- und Siedlungswesen	28,8	9,6	62,7	1,1
Jugendwohlfahrts- und Gesundheitswesen	—	—	—	—
Wohlfahrtswesen insgesamt	40,3	15,9	42,8	1,5
Kriegslasten	100,0	—	—	—
Schuldendienst und Schuldenverwaltung	87,5	8,3	—	4,2
Uebrigere Aufgabengebiete	94,9	0,4	0,8	3,9
Gesamtsteigerung	68,4	9,0	20,8	1,8

Die Verteilung des Zuschußbedarfs auf Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) ohne Hansestädte geht aus folgender Aufstellung hervor:

Zuschußbedarf	In Millionen Mk.	Steigerung in Millionen Mk.	Zuschußbedarf je Kopf, in Mk.	Steigerung in Proz. je Kopf
des Reiches 1925/26	4813,4	—	77,12	—
1926/27	6065,1	1251,4	96,47	25,1
der Länder 1925/26	2723,1	—	44,99	—
1926/27	2900,4	165,3	47,36	5,3
der Gemeinden und Gemeindeverbände 1925/26	3862,5	—	68,54	—
1926/27	4242,0	379,5	69,26	9,0

Für das Rechnungsjahr 1913/14 belief sich der Zuschußbedarf der Gemeinden auf 1750 Millionen Mark, 1926/27 auf 4242 Millionen Mark. Pro Kopf der Bevölkerung berechnet, sehen wir eine Steigerung von 31,02 Mark auf 69,26 Mark. Im Jahre 1925/26 waren es 62,73 Mark.

Eine Gegenüberstellung des Zuschußbedarfes des Reiches, der Länder und der Gemeinden (die Gemeindeverbände sind eingeschlossen, die Hansestädte aber nicht mit erfasst) zeigt die verschiedenartige finanzielle Beanspruchung des Reiches, der Länder und Gemeinden:

Das Wohlfahrtswesen erforderte einen Zuschuß:

	1925/26	1926/27	Mehrbedarf	Mehrbedarf	Zuschußbedarf pro Kopf der Bevölkerung		Verteilung des Zuschußbedarfs auf die einzelnen Verwaltungszweige in Proz.	
	in Millionen Mk.		in Proz.	in Proz.	1925/26	1926/27	1925/26	1926/27
b. d. Gemeinden	472,8	832,8	360,0	76,1	7,58	13,24	9,8	13,7
b. d. Ländern	533,3	674,9	141,6	26,6	8,77	11,02	19,5	23,3
beim Reich	1537,4	1915,5	377,9	24,6	25,29	31,27	39,8	45,2

1913/14 betrug der Zuschußbedarf der Gemeinden für die Wohlfahrtspflege 5,10 Mark pro Kopf. Davon entfällt auf die Erwerbslosenfürsorge, und zwar a auf die unterstützende, b auf die wertschöpfende:

	1925/26	1926/27	Mehrbedarf	Mehrbedarf	Zuschußbedarf je Kopf der Bevölkerung		Verteilung des Zuschußbedarfs auf die einzelnen Verwaltungszweige in Proz.	
	in Millionen Mk.		in Proz.	in Proz.	1925/26	1926/27	1925/26	1926/27
beim Reich	a) 100,5	317,7	217,2	216,1	1,61	5,05	2,1	5,2
b) 55,0	119,2	64,2	116,7	0,88	1,90	1,1	2,0	
b. d. Ländern	a) 111,6	213,3	101,7	91,1	1,84	3,48	4,1	7,4
b) 45,0	35,8	9,2	20,4	0,74	0,59	1,6	1,2	
b. d. Gemeinden	a) 83,0	172,9	89,9	108,3	1,37	2,82	2,1	4,1
b) 29,5	56,7	27,2	92,2	0,48	0,93	0,8	1,3	

Auf das Wohnungs- und Siedlungswesen:

beim Reich	20,1	50,6	30,5	151,7	0,32	0,80	0,4	0,8
b. d. Ländern	241,5	251,7	10,2	4,2	3,97	4,11	8,8	8,7
b. d. Gemeinden	450,9	517,2	66,3	14,7	7,42	8,44	11,7	12,2

1913/14 betrug der Zuschußbedarf der Gemeinden für das Wohnungswesen 5,05 Mark pro Kopf.

In der Gesamtsteigerung des Wohlfahrtswesens sind auch die Wirtschaftliche Fürsorge und die Jugendwohlfahrt sowie das Ge-

fundheitswesen mit enthalten. Gegenüber 1925/26 ist der Zuschußbedarf der Wirtschaftlichen Fürsorge beim Reich um 46,6 Millionen Mark (auf 330,3 Millionen Mark), bei den Ländern um 31,8 Millionen Mark (auf 99,3 Millionen Mark) und bei den Gemeinden um 166,4 Millionen Mark (auf 883,6 Millionen Mark) gestiegen. Bei den Ländern beträgt die Zuschußsteigerung für die Fürsorge nach der Reichsfürsorgeverordnung 13,5 Proz. und die sonstigen Fürsorgemaßnahmen beanspruchen eine Steigerung um 122 Prozent oder um 278,3 Millionen Mark. Bei den Gemeinden ist der Aufwand für die Fürsorge nach der Reichsverordnung um 161,1 Millionen Mark oder um 25,9 Prozent gestiegen. Die Steigerung für sonstige Fürsorgemaßnahmen beträgt nur 5,2 Prozent. — Die größte Steigerung des Zuschußbedarfs für die Jugendwohlfahrt und das Gesundheitswesen entfällt auf die Gemeinden. Sie beträgt gegenüber 1925/26 28,1 Millionen Mark. Bei den Anstalten und Einrichtungen ist eine kleine Verminderung eingetreten, während der Verwaltungs- und Fürsorgeaufwand der beiden Verwaltungszweige 30,1 Millionen Mark erfordert oder um 29,4 Proz. gestiegen ist. Bei den Ländern bezieht sich die Steigerung auf 7,1 Millionen Mark und beim Reich auf 0,5 Millionen Mark.

Für die Förderung von Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel gaben das Reich 130,9 Millionen Mark (oder 97,6 Millionen Mark mehr), die Länder 51,7 Millionen Mark weniger als im Vorjahre und die Gemeinden 0,7 Millionen Mark mehr aus. Der beträchtliche, zu Lasten des Reiches gehende Zuschuß zur Wirtschaftsförderung kam hauptsächlich der Landwirtschaft zugute. Der Mehrbedarf enthält außerdem die Notmaßnahmen für Winzer, die Reichskredite aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle und Zuschüsse für Zwecke des landwirtschaftlichen Siedlungswesens.

Die größte Steigerung im Zuschußbedarf hat unter allen Verwaltungszweigen das Wohlfahrtswesen. Das ist auch erklärlich. Es braucht darauf nicht näher eingegangen zu werden. Mehr als die Hälfte entfällt auf die Erwerbslosenfürsorge. Im Jahre

1925/26 waren durchschnittlich 1,2 Proz., 1926/27 aber durchschnittlich 2,6 Proz. der Wohnbevölkerung erwerbslos.

Neben den angeführten Verwaltungszweigen entfällt auf die Allgemeine Verwaltung ein Zuschußbedarf von 598 Millionen Mark (Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindevverbände, Hansestädte). Im Jahre zuvor war der Zuschußbedarf in ähnlicher Höhe. Auch bei dem Verwaltungszweig Staats- und Rechtssicherheit können wir keine wesentlichen Verschiebungen in der Gesamthöhe feststellen: 1925/26 1539,4 und 1926/27 1618,7 Millionen Mark. Das Bildungswesen erforderte früher 2077,9, jetzt 2145,0 Millionen Mark Gesamtzuschuß, das Verkehrswesen rund 834 Millionen Mark. Bei der Finanz- und Steuerverwaltung ist der Zuschußbedarf um ein geringes gesunken.

Eine Steigerung des Zuschusses sehen wir noch bei dem Verwaltungszweig: Schuldendienst und Schuldenverwaltung des Reiches und der Länder. Der Gesamtzuschuß betrug 1925/26 143,5, er beträgt 1926/27 aber 418,6 Millionen Mark. Die größte Zunahme geht zu Lasten des Reichs. Sie wurde hauptsächlich durch die Ablösung der Markanleihen hervorgerufen. Bei den Ländern sehen wir den Zuwachs aus der Tilgung und Verzinsung der 1925/26 eingetretenen Neuverschuldung entstehen. Die Kriegslasten (innere, Kriegsverföhrung und äußere Kriegslasten [Sonderer Abkommen] zusammengefaßt) erforderten 1925/26 2707,3, 1926/27 aber 3176,1 Millionen Mark Zuschuß. Die Summe ist pro Kopf um 16,5 Proz. gestiegen. Die inneren Kriegslasten — außer Kriegsverföhrung — weisen eine Verminderung von 124,1 Millionen Mark auf. Um 531,3 Millionen Mark sind die Jahresleistungen zur Erfüllung des Londoner Abkommens einchl. Leistungen aus dem Schuldverschreibungsdienst der Reichsbahn-Gesellschaft und dem Dienst der Industrieobligationen gestiegen. Das ist eine Steigerung um 71,82 Proz. Der Zuschuß für die Kriegsverföhrung (innere Kriegslasten) ist um 61,6 Millionen Mark gestiegen.

G. Förster, Dresden.

Die Dividende als Merkmal wirtschaftlicher Rentabilität

Die Lohn- und Arbeitszeitgestaltung der Arbeitnehmerschaft eines jeden Wirtschaftszweiges hängt in hohem Maße davon ab, ob den Unternehmungen des betreffenden Gewerbes ein rentables Arbeiten nachgewiesen werden kann. Ist das der Fall, so vermindern sich die Schwierigkeiten der um soziale Besserstellung ringenden Arbeitnehmerschaft, deren Gewerkschaften in der Tarifbewegung die Aufgabe zufällt, die öffentliche Meinung sowie Schlichtungs- und Regierungsinstanzen nicht nur von der sozialen Berechtigung, sondern auch von der wirtschaftlichen Tragfähigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. Auf der anderen Seite, beim sozialen Gegenpieler, dem Unternehmer oder Unternehmerverband, bedeutet der gelungene Nachweis der Rentabilität den Verlust einer wertvollen Kampfpotentialität. Mag die Haltung unseres Unternehmertums, das im Arbeitslohn nur einen Unkostenfaktor und nicht seine konjunkturelebelebenden Wirkungen sieht, noch so einseitig und deshalb falsch sein, sie ist Tatsache, und der Gewerkschafter, der mit Tatsachen zu rechnen gewöhnt ist, muß diese bei seinen Entschlüssen und Handlungen in Rechnung stellen. Es ist nur Konsequenz in der Lohnpolitik des Arbeitgebertums, wenn nun auch kein Versuch unternommen wird, die Rentabilitätsmerkmale zu verdunkeln, wobei oft Methoden angewandt werden, die aufzuhellen eine der Hauptaufgaben gewerkschaftlicher Publizistik ist.

Welches sind nun Erkennungsmerkmale dafür, ob ein Unternehmen oder, wenn es sich um mehrere gleichgeartete handelt, ein Wirtschaftszweig, rentabel arbeitet. Da ist zunächst die Dividende. Früher war es einmal ein allgemein gültiger Grundsatz, daß die Höhe der Dividende ein zuverlässiger Gradmesser für die Rentabilität sei. Heute wird das kein Mensch mehr ernsthaft zu behaupten wagen. Einmal ist es, rein theoretisch betrachtet, schon gewagt, den Prozentsatz der Dividende als Maßstab der Rentabilität zu betrachten, denn nehmen wir einmal an, zwei Unternehmungen mit je 1 Million Mark Aktienkapital machen einen Jahresüberschuß von je 100 000 Mk. Dann ist es durchaus möglich, daß das eine Unternehmen davon eine Dividende von 10 Proz. bezahlt, während das andere nur 5 Proz. ausschüttet und den Rest von 50 000 Mk. als Rücklage für irgendwelche Neuanschaffungen in die Bilanz einsetzt. Gerade diese Methode ist heute, wo in der Industrie ganz allgemein das Bestreben herrscht, möglichst niedrige Dividendensätze in die Erscheinung treten zu lassen, teilweise schon soweit gediehen, daß der „Selbstfinanzierung“ auch aus den Kreisen der Kleinaktionäre zahlreiche Gegner entstanden sind. Wenn früher, in Vorkriegsjahren, weniger ängstlich auf niedrige Dividendensätze Bedacht genommen wurde als heute, so, weil

damals die Lohn- und Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmerschaft ja gar nicht mit sachlichen Argumenten widerlegt zu werden brauchten. Das Unternehmertum war, von Ausnahmen abgesehen, auch ohne die Argumente der Gewerkschaften zu entkräften, stark genug, deren Forderungen und Wünsche nicht Tat werden zu lassen.

Außerdem wurde das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem in früheren Jahrzehnten, von den sozialistisch orientierten Arbeitnehmerschichten abgesehen, in viel höherem Maße als etwas Selbstverständliches betrachtet, als es heute der Fall ist. Es sei nur daran erinnert, daß die wirtschaftssozialistischen Ideen der freien Gewerkschaften heute auch von Arbeitnehmerorganisationen akzeptiert werden, die weder mit den freien Gewerkschaften noch mit einer sozialistischen Arbeiterpartei irgendwie organisatorisch verbunden sind. Freilich findet man dort über die einzuführenden Wege noch mancherlei Unklarheit, aber es wird auch von diesen Seiten eine antikapitalistische Haltung wenigstens behauptet. Insofern hat eine Verbreiterung der Front stattgefunden. Diese stellt das Unternehmertum bei seiner Dividendenpolitik in Rechnung. Es regen sich jetzt schon privatkapitalistische Kreise, die einer Berücksichtigung dieser ideologischen Frontverbreiterung in der Dividendenbemessung offen entgegen-treten. So Jakob Goldschmidt, der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, auf dem letzten Bankiertag in Köln. Er brachte die Dividendenpolitik mit dem Wirtschaftssystem in Zusammenhang und forderte, daß der Unternehmer, der grundsätzlich den privatwirtschaftlichen Gedanken bejahte, die Gewinne richtig veröffentlichen soll, da Gewinne machen und sogar hohe Gewinne machen eben ein Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, für dessen Fortbestand und Volkstümlichkeit nur dadurch gewonnen werden könne. Allerdings wurde ihm daraufhin von recht prominenter Seite entgegengehalten, daß das nicht gehe, da vier Feinde zu berücksichtigen seien: der Arbeitnehmer, der Aktionär, das Finanzamt und der Reparationsagent.

Aus Rücksicht auf diese vier „Feinde“, die der Hamburger Bankier Warburg in interessanter Reihenfolge aufzählte, wird dann wohl auch in Zukunft ein niedriger Dividendensatz präsentiert werden, trotz hoher Gewinne. Ein Mittel, diese zu verschleiern, ist u. a. auch die Kapitalerhöhung. Es begegnet nicht den geringsten Schwierigkeiten, den Dividendensatz dadurch auf die Hälfte zu reduzieren, daß das Aktienkapital auf das Doppelte erhöht, d. h. nur buchmäßig erhöht wird, eine Neueinzahlung findet dabei nicht statt. Das vergangene Jahr hat in dieser Beziehung

einige geradezu treffende Musterbeispiele gebracht. Für die Kalkindustrie war 1928 ein Jahr der Hochkonjunktur. Aber auch schon das Vorjahr war sehr gut. Schon 1927 schütteten die drei großen Kalikonzerne Salzdetfurth 15 Proz., Westeregeln und Aschersleben je 10 Proz. Dividende aus, nachdem reichliche Abschreibungen vorgenommen worden waren. 1928 hätte noch höhere Dividendensätze bringen müssen, deshalb erhöhte Salzdetfurth das Aktienkapital von 16 auf 28 Millionen, Aschersleben von 15,5 auf 22 Millionen und Westeregeln von 16,5 auf ebenfalls 22 Millionen Mark. Dadurch wurden wieder „normale“ Dividendensätze möglich, obgleich viel größere Ueberschüsse gemacht wurden, denn im Endeffekt bleibt es sich gleich, ob in solchen Fällen beispielsweise 15 Millionen mit 20 Proz. oder 30 Millionen Aktienkapital mit nur 10 Proz. verzinst werden. Man spekuliert eben auf das kurze Gedächtnis der Menschen, die sich nach Jahresfrist nicht mehr daran erinnern, wie die „Dividendenreduzierung“, die in Wirklichkeit gar keine ist, zustande gekommen sein mag.

Ein weiteres Gefahrenmoment, die Dividende als Rentabilitätsgradmesser anzusprechen, ergibt sich, wenn ihr Prozentsatz

spekulativen Zwecken dienstbar gemacht wird. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten ist der Anteil der sogenannten Kleinaktionäre heute verhältnismäßig gering. In mehr oder minder hohem Maße verfügen heute die Mitbesitzer über Aktienpakete. Wird nun eine Vergrößerung eines Aktienpaketes, das sich schon in maßgeblicher Hand befindet, erstrebt, so wird, da von dieser Stelle ja die Höhe der Dividende meist ausschließlich bestimmt wird, eine Verminderung ihres Satzes vorgenommen, um bei dem darauf folgenden Kurssturz billig weitere Aktien hinzukaufen zu können.

Die Tatsache, daß heute das Aktienpaket der Großaktionäre regiert, wirkt ebenfalls in der Richtung niedriger Dividendensätze, da ihm als einflußreichen Mitbesitzer, ja oft als dem einzigen, der im Unternehmen Einfluß auszuüben vermag, noch vielerlei Möglichkeiten offen stehen, statt der Dividende in anderer Form den Gewinn gutgeschrieben zu erhalten. So ergibt sich, daß die Dividende nur ein höchst unsicherer Faktor zur Beurteilung der Rentabilität ist. Das gilt, wie oben dargelegt, vornehmlich dann, wenn niedrige Dividendensätze zum Beweise eines schlechten Geschäftsganges herangezogen werden. F. Dogt.

Christliche Agitationsmethoden in Ostpreußen

Am 24. Februar 1929 fand im Heeresbekleidungsamt in Königsberg eine lebhaft verlaufene Betriebsversammlung statt, in der die Arbeiterschaft das zweifelhaft Vergnügen hatte, den christlich-deutschen nationalen Stahlhelmann und auch-Gewerkschaftssekretär Krummeich als Gast kennenzulernen. — Auf der Tagesordnung dieser Betriebsversammlung stand u. a. ein Bericht über die Lohnverhandlungen für die Reichs- und Staatsarbeiter. Obwohl der Referent über diese Frage alles vermied, um die Gegensätze, die im Betriebe zwischen den einzelnen Richtungen vorhanden sind, irgendwie zu berühren und lediglich das ablehnende Verhalten der Reichs- und Preussischen Staatsregierung geißelte, benutzte Krummeich die Gelegenheit, um die wüßteste Heße gegen die freien Gewerkschaften und gegen die paar in der Regierung sitzenden Sozialdemokraten zu inszenieren. Der Mann appellierte an die niedrigsten Instinkte der Arbeiter. Er verschwieg jedoch, daß es gerade die Leute seiner Parteirichtung in früheren Jahren waren, die mit allen Mitteln verhinderten, daß den Reichsarbeitern Löhne gewährt wurden, mit denen sie ihr Leben hätten fristen können.

Daß die Versammlung einen lebhaften Verlauf nahm und verschiedene Kollegen auch unseres Verbandes das Verhalten der Regierungsstellen in der Lohnfrage verurteilten, ist in keiner Weise zu bedauern. Auch Sozialdemokraten in der Regierung müssen sich Kritik gefallen lassen. Es ist aber ein starkes Stück, wenn die Ausführungen eines Diskussionsredners von der ganzen christlich-nationalen Presse benutzt werden, um gegen die freien Gewerkschaften zu hetzen und im trüben zu fischen. Seit Wochen lebt die ganze christlich-nationale Arbeiterpresse von dem sogenannten Erfolg in dieser Betriebsversammlung. Worin dieser eigentlich besteht, das hat man bis jetzt jedoch peinlich vermieden der Öffentlichkeit mitzuteilen. — Herr Krummeich bringt es allerdings fertig, in der Aprilnummer seines Blättchens „Ostdeutscher Verkehr“ über Erfolge bei den diesjährigen Betriebsratswahlen in verschiedenen Betrieben in Königsberg zu berichten. Was es mit diesen Erfolgen auf sich hat, dafür nur folgende Zahlen: Krummeich berichtet über Erfolge in folgenden Betrieben: 1. Königsberger Straßenbahn, 2. Zeugamt, 3. Bekleidungsamt. — Hier die Zahlen: Bei der Straßenbahn erhielten im Jahre 1927 die Christen 331, freie Gewerkschaften 1775 Stimmen; im Jahre 1928: Christen 228, freie Gewerkschaften 2052 Stimmen; im Jahre 1929: Christen 259, freie Gewerkschaften 2076 Stimmen.

Beim Zeugamt erhielten: im Jahre 1928: Christen 89, freie Gewerkschaften 411 Stimmen; im Jahre 1929: Christen 119, freie Gewerkschaften 629 Stimmen.

Beim Bekleidungsamt erhielten: im Jahre 1928: Christen 80, freie Gewerkschaften 90 Stimmen; im Jahre 1929: Christen 77, freie Gewerkschaften 82 Stimmen.

Die genannten Betriebe sind wohl die einzigen in ganz Königsberg, in denen es den Christen gelang, überhaupt eine Vertretung im Betriebsrat zu erlangen. In allen übrigen Betrieben der Reichs- und Staatsverwaltung haben sie ganze 17 Stimmen erhalten. Die Zahlen zeigen, daß die Christen in keiner Weise in der Lage waren, ihre Position gegenüber dem Vorjahre zu verbessern. Wenn Krummeich über das Bekleidungsamt schreibt: „Beim Bekleidungsamt kam es sogar dahin, daß wir durch das erzielte Stimmenergebnis erstmalig den Betriebsratsvorsitzenden, seinen Stellvertreter und Schriftführer stellten“, so ist hier zu dieser Frage folgendes zu sagen:

Auf Grund des oben angegebenen Stimmenverhältnisses mußte der Vorsitzende, weil der Betriebsrat aus 3 Christen und 3 freigeberischen Mitgliedern besteht, ausgelost werden. Das Los entschied zugunsten der Christen nach dem Grundsatz: „Den Seinen gibts der Herr im Schlaf!“ Nachdem nun das Los zugunsten eines Christen als Vorsitzenden entschieden hatte, lehnten es unsere

Kollegen ab, überhaupt mit im Ausschuß des Betriebsrats vertreten zu sein. Wir lassen es dahingestellt sein, ob diese Haltung unserer Kollegen richtig war. Wenn man aber die früheren Vorgänge im Bekleidungsamt betrachtet, so ist dieser Entschluß unserer Kollegen durchaus begreiflich.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir Herrn Krummeich mitteilen, weshalb es den Christen im Bekleidungsamt überhaupt möglich war, eine Stimmenzahl von 77 zu erreichen: Die Betriebsvertretung war im Jahre 1927 infolge Arbeitsmangel genötigt, zuzustimmen, daß die Arbeitszeit heruntergesetzt wurde, weil andernfalls eine Anzahl Arbeiter hätte entlassen werden müssen. Diesen Vorfall benutzten nun die „Jünger in Christo“, um schon zu der Betriebsratswahl 1928 gegen den freigeberischen Betriebsrat und deren Gewerkschaft die gemeinste Heße zu entfalten. Die Herrschaften erzählten den Arbeitern, daß die freie Gewerkschaft, welcher die Betriebsräte angehören, nur aus Prinzip den Achtstundentag eingeführt hätte und so die Kollegen des Bekleidungsamtes um mehrere Stunden pro Woche ihres Lohnes beraube. Nur diese Vorgänge waren der Grund, weshalb es den Christlichen gelang, eine Menge Unzufriedener auf ihre Seite zu bringen. Die Mehrzahl der Mitläufer der Christen hat keinen blässen Schimmer vom Geist dieser sogenannten christlich-nationalen Arbeiterorganisation. Sie folgen ihr nur, um ihren Mißmut gegen die freien Gewerkschaften wegen obiger Maßnahme auszulassen. Daß sie damit nicht viel erreichen, beweist, daß sie außer einigen Anhängern des Christlichen Bekleidungsarbeiterverbandes überhaupt nur ein Mitglied im Betriebe aufzuweisen haben.

Was es mit den übrigen Erfolgen z. B. bei der Straßenbahn und beim Zeugamt auf sich hat, das zeigen obige Zahlen. Während z. B. beim Zeugamt die Stimmen auf der freigeberischen Liste um 218 gestiegen sind, haben die der Christen nur um 30 zugenommen, obwohl Herr Krummeich im vergangenen Jahre alles an Agitation gegen uns aufgeboten hatte und vor Denunziationen gegen unsere Kollegen Betriebsräte beim Dorstand des Nebenzeugamtes nicht zurückschreckte. Wenn sich Herr Krummeich sowohl in der Versammlung am 24. Februar als auch in verschiedenen Artikeln seines christlichen Blättchens zum Retter und Beschützer des Betriebsrätegedankens aufzuföhren versucht, so müssen wir hier nochmals erklären, daß wir diesem Mann, der einer Partei angehört, die die Arbeiterschaft aufs tiefste haßt und die jeder freien Regung der Arbeiterschaft ablehnend gegenübersteht, jedes Recht absprechen, sich in diese Frage einzumischen. H. St.

Wo ist der Mann, der den Mut hat . . . ?

Mit dieser verzweifeltsten Frage schließt ein A. Cht. einen Artikel in der deutsch-nationalen „Süddeutschen Zeitung“. Herr Cht. hat seinem Artikel die Bezeichnung „Das Arbeitslosenproblem“ gegeben, jedoch keinen Gedanken zu Papier gebracht, der uns der Lösung des Arbeitslosenproblems auch nur etwas näher gebracht hätte. Er versucht nur in mehr oder weniger starkem Ton der Öffentlichkeit begreiflich zu machen, wie unverzählt die Arbeiterschaft im allgemeinen ist. Um diesen „Führer der Wirtschaft“ ins richtige Licht zu stellen, geben wir ihm zunächst selbst das Wort. Er schreibt:

„Für jeden produktiv in der Wirtschaft Stehenden sind die Millionenstärken des Arbeitslosenheeres keine Ueberraschung, denn Arbeitszeitverkürzungen, Verminderungen in der Bewegungsfreiheit innerhalb der Betriebe, unerlöste Ueberspannung der Sozialpolitik, Faulheitsprämien (s. v. B.) in Form von Arbeitslosenunterstützung, Verteuerung der Waren durch untragbare Steuern usw. bringen keine Belebung des Geschäftes, sondern das Gegenteil; die Waren müssen durch derartige Maßnahmen immer teurer

werden, die Absatzmöglichkeiten sowohl im Export als auch im Inland immer geringer. Jedem Abeschlüssen der Betriebswirtschaft wird dies ohne weiteres einleuchtend. Allein die Herren Gewerkschaftsführer, die sich zurzeit als Halbgläubiger fühlen und nach deren Pfeife unfehlbar getanzelt werden muß, wissen es besser. Immer neue Betriebsfesseln werden ausgehakt, jeder abgelassene Tarifvertrag ist ein Grund zu neuen Lohnhöhungen, ob tragbar oder nicht, das ist nebensächlich. Solange die Direktoren hohe Gehälter und die sogenannten arbeitslosen Aktionäre Dividenden überhaupt beziehen, solange kennt die Brut dieser Herren keine Grenzen. Für sie selbst aber sind Ministerstühle mit entsprechenden Gehältern, Abgeordneten- und Gemeinderatsitze mit fetten Diäten und Pensionen usw. Selbstverständlichkeiten und wohlverdiente Rechte.

In diesem Absatz offenbart sich die geist- und ideenlose Gedankenwelt, die persönliche Unwissenheit in wirtschaftlichen und sozialen Fragen in ihrer ganzen Größe. Die wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges lassen sich nicht durch wüßtes Geschimpfe und Gehader, sondern nur durch sachliches und nüchternes Abwägen, Ueberlegen und Handeln abschwächen. Wenn die deutsche Unternehmerschaft glaubt, durch unsachliche und der Wahrheit aus dem Wege gehende Diskussionen die Öffentlichkeit von den Tatsachen abzulenken, so hat die „Deutsche Arbeiterschaft“ keine Veranlassung, hierzu zu schweigen. Vorweg soll gesagt sein, daß sie sich von derartigem Gepolter nicht im geringsten beeinflussen lassen wird. Nun einige Bemerkungen zu der Arbeitslosenversicherung: der Realität wegen wünschen wir, daß alle diejenigen, die auf die Zahlung der „Faulheitsprämie“ wettern, selber einmal in die Notlage versetzt würden, von diesen paar Groschen ihr und ihrer Familie Dasein zu fristen. Wir sind schon jetzt davon überzeugt, daß diese Titanen der Genügsamkeit verzweifeln und verkümmern, wenn nicht gar rebellieren würden. Der hier unter die Sonde genommene Artikel gibt nun nicht etwa die Meinung eines einzelnen wieder. Wenn die Unternehmerschaft Deutschlands gegenwärtig den Begriff der „Stabilisierung der Löhne“, also keine Lohnerhöhungen, öffentlich propagiert, so mag sie vorerst dafür Sorge tragen, daß nicht nach jeder noch so minimalen Lohnerhöhung die Preise für Lebensmittel- und Bedarfsartikel sofort

merklich in die Höhe schnellen. Gründe der Erhaltung der Arbeitskraft zwingen zu absolut notwendigen Lohnforderungen.

Noch ein Wort zu den „hohen Direktorengehältern“. Tatsache ist doch, daß sie so hoch sind, daß man sich nicht getraut, offen darüber zu reden und daß selbst namhafte Volkswirte, ja selbst höhere Verwaltungsbeamte diese im Interesse der Volkswirtschaft und des Volksganges als ungesund bezeichnen. Daß die Führer der Wirtschaft die Tatsache des „Gelderdienens“ für sich in Anspruch nehmen, hat übrigens der Generaldirektor des „Gutehoffnungshütte-Konzerns“ in einer am 19. Juni 1928 in Düsseldorf stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung offen ausgesprochen, indem er erklärte:

„Wir müssen allen Ansetzungen zum Trost den Mut haben, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaft keine Wohlfahrtsanrichtung ist und daß dem in der Wirtschaft angelegten Kapital eine angemessene Rente (des Dividende) zusteht, zumal — vorläufig wenigstens — das Geldverdienen in Deutschland noch nicht verboten ist.“

Wenn schon der „Zinsen- oder Dividendenempfang“ als eine Arbeit angesehen wird, um wieviel mehr dürfte das von einer produktiv geistigen und körperlichen Tätigkeit zu behaupten sein. Nicht der Ruf nach dem starken Mann, der nach mussolinischem Programm die deutsche Wirtschaft umgestalten soll, hilft die Krise in der Wirtschaft überwinden. Soll der Inlandsmarkt absatzfähig werden, so kann nur eine grundsätzliche Umstellung der deutschen Unternehmerschaft in ihrer bisher so verderblichen Lohnpolitik abhelfen.

Laßt den deutschen Arbeiter Geld verdienen, daß er sich die erzeugten und auch so notwendig gebrauchten Lebensmittel und Gebrauchsartikel erwerben kann und der Inlandsmarkt wird ein dankbares Absatzgebiet finden.

Solange sich diese Wandlung der Unternehmerschaft aber nicht vollzieht, müssen sich die Arbeiter in ihren Gewerkschaften noch fester und inniger zusammenschließen, um so eine freie Bahn für ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. G. B o l m.

Die große Auswanderung

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit sind die beiden Hauptfaktoren, die dafür sorgen, daß die Arbeiter auswandern. In allen Nachkriegsjahren ist die deutsche Auswanderung erschreckend hoch gewesen, und wie aus den neuesten Ausweisen des Statistischen Reichsamtes hervorgeht, sind auch im Jahre 1928 wieder über 57 000 Deutsche ausgewandert. Bis auf einen geringen Prozentsatz setzt sich dieser Zug der Heimatmüden aus Arbeitern mit ihren Angehörigen zusammen, die mit der Hoffnung auf ausreichendem Verdienst und Brot sich in ein fremdes Land begeben. Daß sie in ihren Hoffnungen oft bitter betrogen werden, ist bekannt. Auch jenseits des großen Ozeans sind die Arbeiter nicht auf Daunen gebettet, und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die den Hauptstrom der deutschen Auswanderer aufnehmen, führt die Arbeiterschaft einen schweren Existenzkampf. Der Aufstieg vom Stiefelpußer zum Dollarmillionär oder vom Laufjungen zum Milliardär ist heute in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten nur noch schöner Traum. Die Wirklichkeit steht vor dem Arbeiter in Gestalt von Arbeit und nochmals Arbeit.

Die deutsche überseeische Auswanderung erreicht in der Nachkriegszeit im Jahre 1923 ihren Höchststand, von da ab ist sie zurückgegangen. Folgende Zahlen veranschaulichen die Entwicklung. Es wanderten aus: 1921 22 703, 1922 36 500, 1923 115 000, 1924 58 328, 1925 62 705, 1926 65 280, 1927 61 379, 1928 57 293.

Im Jahre 1913 wanderten aus Deutschland nach Uebersee rund 22 000 Personen aus, im Jahresdurchschnitt von 1900 bis 1914 rund 25 000 Personen. Die Auswanderungsziffer ist also heute, wie der Vergleich mit der Entwicklung in der Nachkriegszeit ergibt, erheblich höher. Größer noch als in Deutschland ist die Auswanderung in England, wo 1927 rund 154 000 Auswanderer nach Uebersee gingen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der größte Teil der englischen Auswanderer sich nach den Kolonien begibt, wo sie nicht als unerwünschte Einwanderer aufgenommen werden.

Die deutschen Auswanderer gehen zu 90 Prozent nach den Vereinigten Staaten. Nach Kanada gehen jährlich etwa 1200 Deutsche, obgleich gerade die Regierung dieses Landes eine lebhafte Einwanderungspropaganda betreibt, da Kanada noch gewaltiger Bodenraum als Siedlungsland zur Verfügung steht. Nach Argentinien und Brasilien wenden sich rund 6000 bis 7000 Deutsche jährlich, und nach Südafrika gehen etwa 2000 Personen. Gering ist die Auswanderung nach Australien und Asien, nach

beiden Erdteilen zusammen gehen jährlich durchschnittlich 100 Deutsche, davon etwa 70 nach Asien.

Bemerkenswert an den deutschen Auswanderungsergebnissen ist die Zunahme der weiblichen Auswanderer. Während im Jahre 1928 über 5000 Männer weniger als 1927 auswanderten, nahm die Zahl der auswandernden Frauen um 1 300 Personen zu. Die Gründe für diese Erscheinung sind zweifellos in der Tatsache zu suchen, daß die Ausichtslosigkeit auf Verheiratung hierzulande viele unverheiratete ältere Mädchen nach Amerika treibt, wo ja bekanntlich die Männer zahlenmäßig überwiegen. Die statistischen Ergebnisse zeigen, daß aus Süddeutschland mehr Frauen als Männer auswandern. Aus Ober-, Mittel- und Unterfranken wanderten 1928 1728 weibliche und 1646 männliche Personen aus, aus der Pfalz 642 Frauen und 638 Männer und aus Stuttgart 517 Frauen und 440 Männer. In Baden überwogen die Frauen mit 10 über den Männern. Umgekehrt ist das zahlenmäßige Verhältnis in fast allen preußischen Provinzen; so wanderten aus Hannover 2225 Männer und 1896 Frauen aus.

Die meisten Auswanderer stellt die Grenzmark Posen-Westpreußen, wo auf 100 000 Einwohner 163 Auswanderer entfallen gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 103. Hinter der Grenzmark kommen gleich Schleswig-Holstein und Hannover, während Oberschlesien an letzter Stelle steht. Die Gründe aber sind überall die gleichen. Dauernde Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen, Hoffnungslosigkeit auf Fortkommen sind die treibenden Ursachen. Man hat in den letzten Jahren die Beratungsstellen für Auswanderer vermehrt. Die Bedeutung dieser Einrichtungen soll nicht verkannt werden, aber wichtiger als die Beratung ist die Beseitigung der Ursachen. Und diese liegen in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Hierauf muß sich eine zielklare Auswanderungspolitik richten, wenn sie Erfolg haben soll. Aus Lust am Erleben von Abenteuern gehen selten Auswanderer über das große Wasser, zumeist sind es durchaus reale Gründe, die den Anstoß dazu bilden. Die Ausichten in dem fremden Lande sind auch nicht so verlockend, daß der deutsche Arbeiter darüber in Entzücken geraten kann. Zudem müssen alle erst ihr Hab und Gut verkaufen, um das Geld für die Ueberfahrt zu haben. Daß das nicht leichtes Herzens geschieht, da alles mühsam erworben werden mußte, ist durchaus verständlich. Durch den Einfluß, den die Gewerkschaften sich allmählich auf die Gesetzgebung errungen haben, stehen heute die Auswanderer wenigstens nicht mehr ganz schutzlos da. G. U.

Hygiene

Sonne, Licht, Luft

Für die praktische Gesundheitspflege ist es von großer Bedeutung, das jedermann die heilsame Wirkung von Licht, Luft und besonders der Sonnenstrahlen erkennt und nicht unausgenutzt an sich vorübergehen läßt.

Schon von altersher herrscht beim Volke der Brauch, Kleidungsstücke, Betten, Teppiche, Pelze und dergleichen zu „sonnen“, da man der Sonne eine reinigende und aufräuhende Kraft zuschrieb. Professor von Esmarch bewies an zahlreichen Experimenten, daß die Sonne der beste Desinfektor ist. Er nahm Versuche vor an Betten, Kleidern, Möbeln und Wäsche, indem er diese Gebrauchsgegenstände mit den verschiedensten Krankheits-erregern infizierte. Die Ergebnisse seiner Versuche waren durchaus günstig. Die Bakterien des Typhus, der Lungenentzündung, der Tuberkulose, des Milzbrands und anderer Infektionskrankheiten wurden durch die Einwirkung der Sonnenstrahlen schnell vernichtet. Wir besitzen also, wissenschaftlich bewiesen, in der „Besonnung“ der Gebrauchsgegenstände das beste und dabei noch kostenlose Desinfektions- und Reinigungsmittel.

Für die Haushaltungen bedeutet das natürlich große Ersparnisse, denn durch das „Lüften“ und „Sonnen“ der Haushaltungsgegenstände, Betten usw., verursacht man längere Gebrauchsdauer bei verminderten Ausgaben. So verlieren z. B. Bürsten, Kämme, Zahnbürsten, Schwämme und dergleichen schon nach kurzer Besonnung den muffigen Geruch.

In der Gesundheitspflege bedient man sich des Sonnenlichtes auf verschiedene Art, zur Heilung von Krankheiten, zur Kräftigung der Rekonvaleszenten, zur Hebung der Gesundheit und des allgemeinen Wohlbefindens, zur Förderung des Stoffwechsels, d. h. zur Ausscheidung der Schlacken im menschlichen Körper.

Kostspielige Bäder und Kurorte aufzusuchen dürfte den wenigsten von uns möglich sein, um unsere verbrauchten Kräfte zu ergänzen und zu erneuern. Besitzen wir auch nicht die Mittel, wir brauchen deshalb doch nicht den Kopf hängen zu lassen, wir können uns der Körperkultur dennoch hingeben, schickt doch Mutter Natur ihr wärmendes, belebendes Sonnenlicht allen, sie ladet uns gleichsam ein, uns auf blumenbedeckten Auen und Matten von der lachenden Sonne bescheinen zu lassen.

In den Großstädten leben die Aermsten der Armen in dumpfen Kellerwohnungen oder zusammengepfercht in Mietkasernen. Dort hin dringt kaum ein Sonnenstrahl. Deshalb bleiben die obendrein noch unterernährten Kinder in ihrer Entwicklung zurück. Und deshalb müßten noch viel mehr Tummel-, Rasen- und Spielplätze geschaffen werden, um allen Kindern und Erwachsenen Gelegenheit zu geben, Licht, Luft und Sonne zu genießen.

Der belebende Einfluß des Lichtes und der Sonnenstrahlen auf Körper, Geist und Gemüt ist ja bekannt, Sonnenschein macht fröhlich, bei heiterem, schönen Wetter leben wir alle erneut auf, es freut sich Groß und Klein, wenn der Lenz sein Kommen ankündigt und sich bemerkbar macht, wenn die Natur Auferstehung feiert. Es liegt also nur an uns, daß die Wunder der wiedererwachenden Natur an unserem eigenen Ich sich auch vollziehen. Daß dies geschieht, wissen wir doch alle zu schätzen. Wie beliebt sind doch seit Jahren die „Sonnenbäder“ bei den Stadtbewohnern geworden. Alt und Jung bemüht sich, möglichst braun gebrannt zu werden.

Daß den Sonnenbädern außer der Kräftigung des Körpers heilende Kraft innewohnt, haben wohl viele schon empfunden, die Neigung zu rheumatischen Leiden haben, oder an Stoffwechselstörungen leiden. Auch bei Fettsucht, Skrofuloze, Neurasthenie und anderen chronischen Gesundheitsstörungen übt die „Besonnung“ heilende Wirkung aus.

Die Sonnenbäder dürfen im Anfang nicht zu lange ausgedehnt werden. Man beginne mit wenigen Minuten und steigere diese Zeit allmählich bis zu 30 Minuten. Den Kopf bedecke man zweckdienlich mit einem angefeuchteten Tuche. Da bei intensiver Bestrahlung leicht schmerzhaft, entzündliche Hautrötungen, sogar Ausschläge entstehen, sei man im Gebrauch der Sonnenbäder vorsichtig. Zu empfehlen ist auch ein vorhergehendes Einsetzen des Körpers mit einer guten Hautsalbe. Man tut gut, wenn man, wie es in vielen Naturheilanstalten und Sanatorien der Brauch ist, dem Sonnenbad ein Luft-Lichtbad vorangehen läßt, nur darf man auch dieses nicht zu lange ausdehnen, sonst schlägt das sich einstellende Wohlbehagen in das Gegenteil um.

Doch nicht die Sonne allein ist es, welche wir zur Erneuerung der Körpersäfte benötigen. Die Lungen benötigen auch dringend der frischen, sauerstoffhaltigen Luft in genügender, ja sogar ausgiebiger Menge. Wer einmal einige tiefe Atemzüge in der freien Natur oder am offenen Fenster getan hat und seine Lunge mit frischer Luft gehörig aufpumpte, wird durch das danach verspürte wohlige Empfinden veranlaßt, diese Übung in der Tiefatmung täglich zu wiederholen und wird dadurch den ganzen Körper kräftigen.

Eine kalte Abwaschung, dem eifriges Frottieren folgen muß, steigert die Wirkung, erhöht das Wohlbefinden. Auch dem Barfußlaufen soll hier das Wort geredet werden, weil es ebenfalls zur Gesundheitspflege gehört. Wer aus gesellschaftlichen oder sonstigen Gründen nicht barfuß gehen kann oder mag, der entkleide die Füße und gehe im Zimmer oder im Garten auf und ab. Man stelle eine Fußbadewanne oder sonst einen Behälter mit Wasser von Zimmertemperatur (wer ganz kalt vertragen kann nehme solches) bereit, und bade seine Füße nach beendetem Spaziergang, aber dehne das Bad nicht zu lange aus, trockne die Füße gut ab und gehe sofort in das Bett. Die Füße werden von einer angenehm empfundenen Wärme überzogen, das Blut zirkuliert besser und bewirkt ein rascheres Einschlafen, dem ein gesunder Schlaf folgt. Man erwacht morgens mit freiem Kopf, fühlt sich frisch und neugestärkt, der Appetit stellt sich ein, der ganze Mensch wird erneuert. Sobald man

Am Wege

Tag für Tag gehe ich den Weg, der teilweise noch durch unbebautes Gelände, freies Feld zur Arbeitsstätte führt. Am Wege liegen Wirtschaften, manchmal drei bis vier nebeneinander. Im ganzen sind es 47. Dazu kommen noch zwei große Hotels. 49 Lokale, wo Bier und Schnaps ausgeschenkt wird, auf drei Kilometer Weg.

Arbeiter — gehen den Weg — füllen die Lokale — dem Wirte die Taschen. Jeder der 47 hat sein Auskommen, sogar reichlich, während du, Prolet — aber was soll ich dir das noch sagen, du kennst dein Glend, deine Not ja selbst.

Frauen — Proletarierfrauen, blaß, verhärtet — Sorgen ums tägliche Brot sind in ihre Gesichtszüge eingemeißelt — kommen — gehen vorüber, da wo ihre Männer sitzen und ihren letzten Pfennig in Alkohol anlegen, derweil die Frau nicht weiß, woher die Nahrung für morgen zu beschaffen.

Ja — 47 Wirtschaften stehen am Wege. In jeder lauert die Not und die Sorge auf dich. Sie geht mit dir, folgt dir wie dein Schatten, bis sie dich einmal ganz fest mit ihrem gewaltigen Rachen gepackt hat.

Wehre dich mit deiner ganzen Kraft, mit deinem ganzen Willen. Weide Bier, Schnaps und Wein. Dann werden in ein paar Jahren keine 47 Wirtschaften mehr am Wege stehen, die Not und Sorge in sich bergen.

Hans Treppe

die Wirkung des Barfußgehens und der Fußpflege erprobt hat, wird man tägliches Bedürfnis dafür empfinden. Dies werden es auch an rauheren Tagen und in der kälteren Jahreszeit nicht unterlassen, das Barfußgehen im durchwärmten Zimmer fortzusetzen und sich dadurch gegen Krankheiten abzuhärten.

Sonne, Licht, Luft! Frühling! Ein Zauber liegt in diesen Worten. Es drängt uns hinaus ins Freie, wir spüren Wandertrieb in unseren Beinen, um all das Werden in der Natur mitanzusehen. „Wer recht in Freuden wandern will, der geh der Sonn entgegen!“ Unsere Heimat ist reich an Schönheit, wir sind nicht auf weit entfernte, kostspielige Ausflugspunkte angewiesen, sondern können uns auch mit wenigen Ausgaben an unserer Heimat erfreuen.

Rasenspiele, Turnen und Freiübungen in frischer Luft, Spaziergänge mit Anschauungsunterricht sind in den meisten Schulen eingeführt, dem auch größere Wanderungen folgen. Zur großen Freude der Erzieher kehren die Kleinen mit geröteten Wangen und leuchtenden Augen nach einem solchen Ausflug ins Grüne nach Hause und werden nicht fertig mit dem Erzählen von all dem Gesehenen.

Nützen wir also recht oft die Gelegenheit, die uns die Natur bietet. — Öffnet auch im Hause Fenster und Türen, laßt Sonne herein. Die Heilkraft der Sonne darf nicht ungenutzt bleiben. Sie bringt und erhält umsonst Gesundheit und Wohlbefinden, sie stärkt die Nerven und birgt Lebensfreude.

P. H. Wagner, Ludwigshafen.

Hygiene des Unglücks

Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Verlust der Stelle rauben vielen die Widerstandsfähigkeit, die Selbstmorde häufen sich, Kranken- und Irrenanstalten und leider auch — Gerichte verzeichnen Hochsaison. Kein Wunder, daß allzuviele den Kampf gegen das Unglück, das über sie hereingebrochen ist, nicht bestehen und unterliegen. Die Mittel, um mit dem Unglück fertig zu werden, liegen nicht in der Aufspeicherung der Nerven durch Reizmittel, deren verderblicher Einfluß auf die Gesundheit infolge der immer mehr



Früh zu Bett und alle Sorgen
Ueberlaß dem nächsten Morgen.

steigenden Dosen sich früher oder später geltend macht, sondern heißen: Diät in körperlicher und seelischer Beziehung. Die bei Unglücklichen sehr häufige und außerordentlich schädliche Appetitlosigkeit und Verdauungsstörung können durch fleißige Bewegung wirksam bekämpft werden. Elektrizität und Massage, vernünftig angewendet, wirken bei der Behandlung Unglücklicher oft Wunder. Großen Erfolg haben in vielen Fällen Wasserkuren gehabt. Schon regelmäßige, zweimal täglich vorgenommene Abreibungen genügen in nicht allzu schweren Fällen. Wer sich's leisten kann, geht in Seebäder und überhaupt auf Reisen, das seit jeher als Mittel zur „Verdauung“ von seelischem Ungemach mit Recht gilt. Eisen- und Arsenkuren tragen zur Stärkung bei, ein bißchen Baldrian in Tee- oder Tinkturform nützt bei vielen. Von großer Bedeutung ist ferner die Bekämpfung der bei Unglücklichen so außerordentlich häufigen Schlaflosigkeit, besonders, wenn es sich um ältere Leute handelt. Regelmäßiges Leben, pünktliche, nicht allzu reichliche Mahlzeiten, nicht mit vollem Magen schlafen gehen, fördert den Schlaf, aber auch geistige Arbeit und Aufregung vor dem Schlafengehen sind möglichst zu vermeiden. Dagegen sind Spaziergänge abends in frischer Luft ratsam, desgleichen Prießnitz-Umschläge auf den Leib, feuchte Packungen, ganz kurze, kühle Bäder, auch Wechselbäder. Hierbei muß individualisiert werden. Das regelmäßige Einnehmen von Schlafmitteln, auch wenn diese noch so gut wirken, soll, wo es nur irgendwie möglich ist, vermieden werden, weil sonst der Organismus sich an diese gewöhnt und immer stärkere Dosen genommen werden müssen (ebenso wie bei Mitteln zur Verdauungsregelung). Manche glauben, sie könnten sich durch überreichliches Essen, durch große Mengen „nahrhafter“, d. i. eiweißreicher Kost (Fleisch, Eier) kräftigen. Das ist ein für die Wissenschaft längst überwundener Standpunkt. Das Essen soll gut und genügend, aber nicht überreichlich sein. Dauernde Ueberernährung macht müde und schlaff, erreicht also gerade das Gegenteil des Gewünschten. Wer infolge der erlittenen Aufregungen an Herzklopfen leidet, soll möglichst wenig allein sein und fleißig Bewegung im Freien machen. Senfteige und Eisbeutel, auf die Herzgegend gelegt, wirken ebenso wie kalte Umschläge beruhigend. In manchen Fällen hat sich Klopfmassage des Rückens bewährt. Von großer Bedeutung ist (nicht übertriebener) Sport. Bei Energielosen kann man die selbständige, freiwillige Bewegung durch Zander-Apparate, welche sie zu Bewegungen zwingen, bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Ist aber jemand unter der Wucht des Schicksals ganz zusammengebrochen und apathisch, so wird zunächst eine Liegekur das Beste für ihn sein.

Von allergrößter Bedeutung ist die seelische Behandlung. Oft ist es für den Unglücklichen ein Trost, wenn man ihn auf andere aufmerksam macht, die vom Unglück noch ärger betroffen wurden als er. Ist der Grund des Unglücks die Erwartung einer wichtigen Entscheidung, eines Prozesses usw., so soll, so weit es möglich ist, diese Entscheidung beschleunigt werden; denn mit einer feststehenden Tatsache, auch wenn sie schlimm ist, sich abzufinden, ist noch immer

leichter, als das „Hängen und Bangen in schwebender Pein“. Aus demselben Grund soll, wenn die Ursache des Unglücks eine zerrüttete Ehe ist, diese womöglich geschieden werden. Nichts zerstört die Nerven derart wie solche, durch viele Jahre immer und immer wieder sich erneuernde Aufregungen. Bei der Lektüre, aber auch beim Besuch von Theater und Kino, ja selbst von Konzerten ist Vorsicht am Platze. Aufregende, deprimierende Romane, Theater- und Musikstücke haben schon manchen Selbstmord herbeigeführt, da Unglückliche oft leichter und stärker zu beeinflussen sind als normale Menschen.

Eine der wichtigsten Bedingungen, um Unglück zu heilen, heißt: Zeit gewinnen. Gelingt es, dem vom Schicksal Betroffenen über die ersten Monate oder wenigstens Wochen hinwegzuhelfen, so ist schon viel gewonnen. Das wichtigste Heilmittel gegen Unglück ist und bleibt aber die Arbeit. Auch diesbezüglich muß individualisiert werden, denn auch dieses Mittel darf man nicht übertreiben. Unglückliche Menschen ermüden oft bei der Arbeit rascher als normale; es ist daher für entsprechende Pausen zu sorgen. Am besten ist die körperliche Arbeit, womöglich im Freien (Garten- und Feldarbeit). Tätigkeit in den Laubkolonien ist empfehlenswert, weil dort das Beispiel der anderen anregend wirkt, und der Kranke — und alle Unglücklichen sind seelisch Kranke — möglichst wenig allein sein soll. Aber auch Studium wirkt in manchen Fällen günstig, ebenso Sammeltätigkeit, Ausübung von Liebhaberkünsten, Dilettieren auf verschiedenen Gebieten, wie auf dem der Musik, Malerei, des Zeichnens, Modellierens, Schnitzens, Laubsägens, der Amateurphotographie usw., kurz der Kranke soll ein „Steckenpferd“ bekommen, das ihn ablenkt. Auch Spiele wie Schach usw. gehören hierher, selbst die Vereinsmeierei kann zum Vergessen des Unglücks beitragen. Für Frauen bietet außer Handarbeiten auch soziale Betätigung ein wirksames Ablenkungsmittel. Pflege von Kranken und Armen, Fürsorge für hilfsbedürftige Kinder wäre hier in erster Linie zu nennen. Tatkräftige Naturen finden oft Erlösung von ihrem Seelenleid darin, daß sie sich ein besonders schweres Lebensziel stecken, das ihnen vor dem Unglück fern lag. Auch das Aufsuchen von Gesellschaft ist ein gutes Ablenkungsmittel. Der Kranke soll womöglich nicht eine unbeschäftigte Stunde haben. Bedeutend weniger wirksam ist das Jagen nach Genüssen, da es meist nur kurze Zeit betäubt. Das souveräne Mittel gegen Seelenleid ist und bleibt auch heute noch Goethes Rat: „Fang' an, zu hacken und zu graben!“ Arbeiten und nicht verzweifeln!

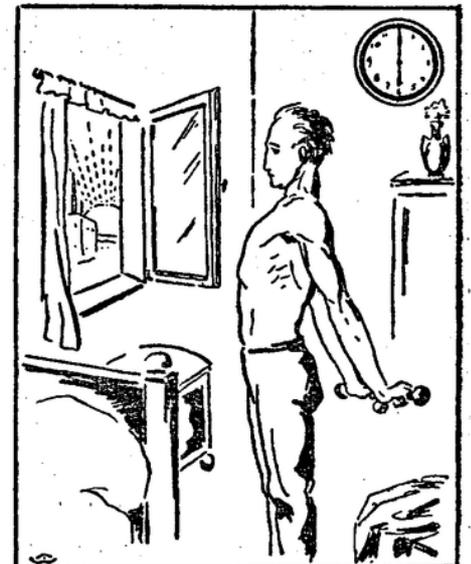
Aber ja nicht — umgekehrt!

Dr. Karl Ader.

Im wunderschönen Monat Mai

Das heißersehnte Wiedererwachen der Natur sollte auch dem Stadtmenschen Anlaß geben, soweit als möglich sich den Bedin-

gungen dieser Natur anzupassen, die Zeit der Dunkelheit zum Schlafen, die Zeit des Sonnenlichtes aber zur Arbeit und, soweit diese ihn nicht beansprucht, zur Weiterbildung des Geistes und zur Pflege des Körpers zu verwenden. Ein Viertelstündchen Gymnastik am Morgen bei geöffnetem Fenster nach vorheriger Abreibung des Körpers mit kaltem Wasser und nachfolgendem Frottieren gibt neue Kraft für des Tages Mühen, macht den Körper unempfindlicher gegen die Einflüsse einer noch immer wechselnden Witterung und gegen Krankheitskeime aller Art. Diese Grundzüge der Hygiene befolgt, sind das sicherste Unterpfand für eine lange Gesundheit.



Früh heraus, dann üb die Glieder
Neue Kräfte kommen wieder.

Kriegsschäden der Frauen — ein Rasseproblem

Im letzten Kriege haben die deutschen Frauen infolge chronischen Hungerns und chronischer Ueberanstrengung schwerer zu leiden gehabt, als ihnen in ihrer Gesamtheit je aufgebürdet ward. Es ist nur allzu begreiflich, daß jetzt eine allgemeine Konstitutionsverschlechterung des weiblichen Gaps Tatsache geworden ist, und zwar nicht nur jener Jahrgänge, die den Krieg in ausgewachsenem Zustande mitgemacht haben, sondern auch derer, die als Kinder hineinkamen und inzwischen herangewachsen sind. Umfangreiche ärztliche Statistiken verfügen bereits über hinreichendes Belegmaterial für diese unser Volk als Gesamtheit schwer belastende Tatsache. Sie müßte uns nur noch sehr viel eindrücklicher ins Bewußtsein gerückt werden, damit vor allem die Hausfrauen und Mütter in die Lage kommen, nachhaltiger an der Minderung der Schäden zu wirken. Sind sie doch die wichtigsten Helfer in der Spendung und Unterhaltung der Volkskraft. Das wird immer noch nicht in seiner ganzen Tragweite erfaßt.

Nur ganz kurz seien hier besonders hervortretende Symptome der allgemeinen Schädigung des Gesamttypus gestreift. Unter den gynäkologischen Erkrankungen litten die Frauen im Kriege weit stärker als im Frieden. Die Degeneration des weiblichen Organismus, insbesondere seines Fortpflanzungsapparates, steht nach dem Urteil ärztlicher Autoritäten in einem direkten ursächlichen Zusammenhang mit dem Hunger und mit der Entbehrung vitaminhaltiger Nahrung. Ganz schlimm waren und sind noch heute die Rückwirkungen auf das lebenswichtige Organ, das Herz. Die Aerzte kennen das „Kummerherz“, das „Hungerherz“, das „Ueberanstrengungsherz“ — auch das „Blutungsherz“ — alles Formen der Abnutzung, bei denen das Herz sich ungewöhnlichen Zumutungen nicht mehr gewachsen zeigt. Bei Operationsnotwendigkeit muß man heutzutage viel vorsichtiger sein mit dem, was von einem so strapazierten Herzen noch erwartet werden darf. Experimentelle Versuche haben erwiesen, daß das Herz durch Hunger 40 bis 50 Proz. Gewichtsverlust zeigen kann. Nicht übergehen möchte ich an dieser Stelle eine Aeußerung, die letztes Jahr in einem Vortrag auf der Versammlung der Mitteldeutschen Gesellschaft für Gynäkologie in Dresden fiel. H. Sellheim spricht dort von den ganz besonderen Beschwerden von seiten des Nervensystems und schreibt einen großen Schuldanteil daran dem in weiblichen Kreisen in der Nachkriegszeit in erschreckender Weise zunehmenden Alkohol- und noch mehr Zigarettenmißbrauch zu. „Es sind das zwei traurige Errungenschaften, durch die der moralische Halt der Frauenwelt nicht gerade gestärkt werden dürfte, ganz abgesehen davon, daß der Frauenorganismus diese Gifte viel schlechter zu vertragen pflegt als der Mann.“ Es gibt nach Hoffstätter*) eigentlich kein gynäkologisches Leiden, das mit dem Nikotinmißbrauch nicht in Zusammenhang gebracht werden könnte!

Ein flüchtiger Blick auf die vor und in der Kriegszeit geborenen Kinder, die heute zu Frauen und Jungfrauen herangewachsen sind, bezeugt, daß auch hier der überwiegende Teil mit mehr oder weniger merklichen Entwicklungsstörungen behaftet ist, die alle erst im eigentlichen Frauenleben mit ganzer Folgeschwere sich zu rächen beginnen.

Die Tatsache einer solchen mehreren aufeinander folgenden Generationen ausgeprägten Verkümmern des Gesamttypus muß heute unser aller Gemüter bewegen. Es drängt sich die Frage auf, ob die gewaltigen direkten und indirekten Wirkungen des Kriegserlebnisses auf die Frau nicht noch bei kommenden ungeborenen Geschlechtern von Einfluß sein können. Die Wissenschaft hat sich deshalb eingehend mit der Kernfrage der Vererbbarkeit erworbener Eigenschaften befaßt, und zwar in der Richtung, wie weit die dem Erscheinungstypus zugefügten Schäden Fuß fassen in der Erbmasse der Dauerform, wodurch sie sich sozusagen verewigen würden. Einer unserer bedeutendsten Forscher auf dem Gebiete der Vererbungswissenschaft, V. Haecker, glaubt nicht an solche Vererbbarkeit von Kriegsschäden. Fest steht jedenfalls, daß das Keimgut (Keimplasma), das bestimmend hinter dem „Erbbild“ eines Volkes steht, nur schwer beeinflussbar ist, daß Erübungen im „Erscheinungsbild“ den Charakter des Vorübergehenden haben. Wenn also immerhin schlechte Eindrücke möglich — wenn in ihrer Wirkung auch zeitbegrenzt — sind, so bleibt uns die Hoffnung, daß durch gute Beeinflussung die Schäden gemildert und allmählich überwunden werden können. Die am biologischen Körper unseres Volkes verursachte Degeneration seines Keimgutes kann also durch entgegengerichtete Einflüsse zu einer wenn auch

ungleich langsameren Regeneration umgebogen werden. So steht z. B. auch der bedeutende Leipziger Rassenhygieniker Kruse auf dem Standpunkt, daß das durch den Krieg etwa an der vererbaren Konstitution Verdorrene einer Wiedergutmachung zugänglich sei.

Hier interessiert uns vor allem, welche Art von Reparationsmaßnahmen der drohenden Degeneration begegnen könnten. Kurz zusammengefaßt muß es heißen: Herbeiführung günstigerer Lebensbedingungen — also ein Zweifaches: ausreichende und richtige Ernährung und gute Wohnverhältnisse. Ein Drittes sehr Wichtiges sollte aber noch hinzukommen, nämlich: Besserstellung der Frau als Mutter! Ihnen sollte eine vermehrte Fürsorge gelten! Maßnahmen des Staates und der Wirtschaft, die hier dringend zu fordern sind, gehen leider einen schwerfälligen und unsicheren Gang. Mit ihrer größeren Naturnähe und Instinktssicherheit hat aber inzwischen die Frauenwelt und die Jugend einen Weg gefunden, der von außerordentlichem Wert zu werden verspricht. Gemeint sind hier alle Bestrebungen, die eine neue Körper-Seelenkultur herauszuarbeiten beginnen. Immer weitere Kreise durchdringt das Bewußtsein, daß das, was unser hochzivilisiertes Leben an kraftvoller und harmonischer Entwicklung verkümmern läßt, nicht länger mehr ohne Widerspruch getragen werden darf und wir zu Korrekturmaßnahmen greifen müssen. Das moderne Leben betrügt uns alle mehr oder minder vollständig um das Glück eines harmonischen und darum gesunden Daseins. Für diese Einbuße müssen wir künstlich Ersatz schaffen, der für Menschen im Zustande der Naturkindheit eine Sinnlosigkeit bedeuten würde. Mit Nachdruck aber fordert Sellheim eine geschlechtsdifferenzierte, besonders betonte Frauenkörperkultur. Bei aller Anerkennung der Verdienste bahnbrechender Laien wird die Mithilfe der Medizin verlangt, vor allem ihres neuesten Wissenschaftszweiges, der Frauenkunde, wenn das für die Frau Beste erreicht werden soll. Rhythmisch-gymnastische Körperkultur der Frau ist für die medizinische Wissenschaft „ein lebenswichtiger Gegenstand“ geworden, den sie als „eine aus tiefster Not rechtzeitig geborene, vielversprechende Frucht“ bezeichnet. E. v. Maria Blume.

Revolution in der Kinderstube

„Wie riecht es nur bei euch!“ ruft ein Besucher aus, noch ehe er den Kopf recht zur Tür hereingesteckt hat, und zieht dabei seine Nase in viele Falten. „Das läßt sich nicht ändern. Wo ein kleines Kind im Hause ist, da riecht es eben nach Kinderstube“, antwortete die beleidigte Mutter, peinlich berührt von der „lieblosen“ Bemerkung über ihr süßes, leckeres Kind, das „riechen“ soll, obwohl sie es tagsüber soundso oft in saubere, frisch duftende Windeltücher umpackt. Daß das Kind „riecht“, ist freilich auch ihr schon manchmal aufgefallen. Ganz besonders der feine, funkelnagelneu glänzende, leberausgeschlagene Kinderwagen will den spezifischen Kinderstubengeruch nicht loswerden.

Trotz mancher Fortschritte in der Kinderstube hat eine gesundheitsgemäße Bettung des kleinen Kindes bisher noch keine Lösung gefunden. Im Jahre 1912 zeigte man auf der Rheinisch-Westfälischen Städteausstellung in Düsseldorf u. a. ein Torfmullbettchen für Säuglinge. Es sah den Müttern aber wohl gar zu unscheinbar aus und fand jedenfalls wenig Beachtung. Aus Eitelkeit und Gedankenlosigkeit wird das junge Kind nach wie vor in altgewohnter Weise in Windelwäsche eingepackt, die dem Körperchen so dicht wie möglich angelegt wird. In dieser Brustkranktemperatur entstehen naturgemäß Zersetzungsvorgänge mit überreichenden Gasen. Reizende Stoffe belästigen die zarte Haut des Kindes und machen sie überempfindlich und wund. Das Kind wird unruhig, schreit und fällt seiner Umgebung auf die Nerven durch sein Gebrüll und seinen Dunstkreis. Warum auch nicht? Sind nicht auch alle Erwachsenen als Kinder in der gleichen üblen Lage gewesen? —

Sie liegt lange zurück, die urzeitliche, hygienische Art der Kinderbettung. Als Spinnen und Weben, also auch die Windeln noch unbekannt waren, da lagen die Säuglinge behaglich auf Kindermoos, das nach seiner Beschmutzung einfach ausgewechselt wurde. Erst mit der Zivilisation kam die Zeit der Leiden und Schmerzen für den kleinen, so unendlich geduldigen, hilflosen Säugling. Gut situierte Mütter betteten ihre Kleinsten auf Wäsche mit Spizen und Bändern, und die Dienerschaft mußte den Schmutz herauswaschen. Bald leisteten sich auch die Minderbemittelten Wäsche für ihre Kinder, und nun war jede Vernunft und Rückkehr zur Natur dahin. Als vor Jahren die

*) Hoffstätter: „Die rauchende Frau“. Eine klinische, psychologische und soziale Studie. Wien und Leipzig 1924.

moderne Säuglingspflege begann, offene Matratzen herzustellen, die mit Holzwole gefüllt werden mußten, die man reinigen oder fortwerfen kann, lehnten viele Mütter entrüstet diese Neuerung ab: „Auf Späne legt man wohl Leichen, aber nicht Kinder.“ Erst allmählich haben sich einsichtsvolle Mütter mit der Holzwole-Matratzenfüllung befreundet und sind nicht schlecht dabei gefahren.

Es gibt aber noch eine zweckmäßigere Bettung für das junge Kind, das die Schließmuskulatur seines Afters noch nicht in seiner Gewalt hat (aber trotz unterirdischer Unsauberkeit von eiflen Müttern in Spitzen und Batist gehüllt wird), und man begreift eigentlich nicht, weshalb Mütter nicht schon längst zu dem auf anderen Gebieten ganz unentbehrlich gewordenen Moostorf-Form u l l gegriffen haben, wie er zum Beispiel für unsaubere Bettläger in Heimen und Anstalten schon lange in Gebrauch ist. Torfmuß ist weich, warm, sauber, keimfrei, bindet Gase, saugt überfließende Stoffe auf und macht sie geruchlos und ist dabei billig und sparsam im Gebrauch.

Es ist das Verdienst einer Mutter, die das ewige Trockenlegen, Windelwaschen, Geschrei und den Kinderstubendunst gründlich satt hatte, durch Ueberlegen und Erproben ein Kinderbettchen hergestellt zu haben, das sich bereits in weiten Kreisen eingebürgert und der Erfinderin Tausende von anerkennenden Dankbriefen zugetragen hat. Erst durch die Konstruktion des „Trockenbettchens“ von Frau Anni Weber in Minden i. W. ist der Moostorfmuß für die moderne Kinderstube praktisch verwendbar geworden. Bei der konservativen Einstellung der Frau werden wir ja leider wohl noch längere Zeit warten müssen, bis die praktische Nutzenwendung dieser Erfindung weit über die Reihen einzelner denkender Mütter hinaus Platz greifen wird. Die überlegante autolackierten Kinderwagen mit ihrem Spitzenfirlefanz haben sich leichter eingeführt, obwohl sie so teuer sind, daß sie meist auf Abzahlung genommen werden müssen. Oft ist das nächste Kind schon wieder unterwegs, und die elegante Kinderkutsche, die aber inzwischen schon viel von ihrer Herrlichkeit eingebüßt hat, ist immer noch nicht abbezahlt. Vater und Mutter sind als Kind vielleicht in einer schlichten, geräumigen Weidenkinderkutsche spazieren gefahren worden. Aber die heutige Generation muß eine Auto-Imitation en miniature haben. Sie „riechen“ alle beide, die großen Autos außen, und die kleinen „haben es in sich“. Der Trockenbett-Zimmerwagen kostet einschließlich seiner Ausstattung nur 23,75 Mk. Aber manchen Müttern wird Torfmuß nicht „sauber“ genug sein, weil er seine ihm von der Natur gegebene braune Farbe behält. Auf jeden Fall ist es dringend zu wünschen, daß recht viele Frauen sich von veralteten Vorurteilen freimachen und aus praktischen Erwägungen zum Trockenbettchen greifen. (Seipz. Volksztg.)

Gewerkschaftsarbeit bedeutet Lebensverlängerung

Erst in neuerer Zeit wird der Bedeutung des lebenden Menschen mehr Beachtung geschenkt. Diese Rücksichtnahme auf das höchste Gut der Wirtschaft wird durch den in allen Ländern zu beobachtenden Geburtenrückgang gefördert. Alle Veröffentlichungen, die in letzter Zeit erschienen sind, zeigen, daß der Gesundheitszustand des deutschen Volkes sich andauernd verbessert. Die Lebensdauer der Menschheit wird immer weiter hinausgerückt. Dieser Vorgang wird schon seit 50 Jahren beobachtet. Doch niemals ist er so in Erscheinung getreten wie in den Jahren nach dem Kriege. Alle Altersstufen vom Säugling bis zum Greis nehmen an der Verlängerung der Lebensdauer teil. So ist die Säuglingssterblichkeit sehr wesentlich zurückgegangen. Im Jahre 1913 starben im ersten Jahre nach der Geburt von hundert Lebendgeborenen 15,1, im Jahre 1927 dagegen nur 9,7. Diese günstige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und die auch in späteren Altersstufen zu verzeichnende Besserung der allgemeinen Sterblichkeitsverhältnisse wird durch die Sterbetafel gekennzeichnet, die im Band 401 der „Statistik des Deutschen Reiches“ kürzlich veröffentlicht wurde. Danach beträgt die voraussichtliche Lebensdauer der Neugeborenen:

Sterbetafel für die Jahre	beim	
	männl. Geschlecht	weibl. Geschlecht
1871/1880	35,6 Jahre	38,5 Jahre
1881/1890	37,7 „	40,3 „
1891/1900	40,6 „	44,0 „
1901/1910	44,8 „	48,3 „
1910/1911	47,4 „	50,7 „
1924/1926	56,0 „	58,8 „

Die Lebensdauer aller Deutschen hat sich in den letzten Jahren um 20 bis 25 Jahre gebessert. Bemerkenswert ist, daß das so-

genannte „schwache“ Geschlecht im allgemeinen länger auf Erden wandelt als das „starke“.

Wir sagen nicht zuviel, wenn wir die Verlängerung des Lebens auf die besseren Lebensverhältnisse, auf die größere Hygiene usw. zurückführen. Die gewerkschaftliche Arbeit, die dem Arbeiter erst das Bewußtsein seiner Persönlichkeit gab und ihn aus der dumpfen Lethargie eines bloßen Arbeitstieres herausriß, kann für sich den größten Anteil an dieser Entwicklung in Anspruch nehmen. Kennzeichnet wird dies besonders durch den Rückgang der Tuberkulose. Diese typische Proletarietkrankheit hatte ihre Ursache in den schlechten Arbeitsbedingungen, in den miserablen Wohnverhältnissen und in der übermenschlich langen Arbeitszeit. Im Jahre 1913 betrug die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose auf 10 000 Lebende 14,6 und im Jahre 1928 nur noch 10,3. Dadurch, daß die älteren Jahrgänge immer deutlicher in Erscheinung treten, werden die Sozialversicherungen immer stärker belastet. Einmal werden die Versicherungsfälle häufiger, da mehr Menschen das 65. Lebensjahr erreichen, zum andern leben aber die erwerbsunfähigen Kreise durchschnittlich ein Jahr länger als vor dem Kriege, so daß sämtliche Pensionen, Altersrenten, Witwengelder und dergleichen heute durchschnittlich ein Jahr länger gezahlt werden müssen als früher. Das sollte bei Betrachtungen über die Sozialpolitik nicht vergessen werden. Von Interesse mag noch sein, daß die Verheirateten im allgemeinen länger leben als die Ledigen. Der Junggehele muß im Durchschnitt fünf Jahre früher ins Gras beißen als der Verheiratete. Dies wird als ein Beweis der günstigen Wirkung der Ehe aufgefaßt. Die Statistik über die Lebensdauer der Menschheit beweist die günstige Wirkung, die das Streben nach Kultur, nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, nach gesunden Wohnungen usw. im Gefolge hat. Die Gewerkschaften können diese günstigen Wirkungen größtenteils auf ihr Konto buchen.

Sonderausstellung „Arbeitsitz und Arbeitstisch“

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene und das unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums stehende Deutsche Arbeitsschutz-Museum veranstalten in Verbindung mit dem Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit vom 25. Mai bis 8. Juni d. J. im Deutschen Arbeitsschutz-Museum, Berlin-Charlottenburg, Fraunhoferstr. 11/12, eine Sonderausstellung „Arbeitsitz und Arbeitstisch“.

a) Aufgabe der Ausstellung: Die Ausstellung soll die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und praktischer Beobachtungen über die richtige Körperhaltung am Arbeitstisch durch Modelle, figürliche und bildliche statistische Darstellungen veranschaulichen und Anregungen zu Verbesserungen geben. Die Ausstellung wird zeigen: Zusammenstellungen der medizinischen und physiologischen Forschung über Arbeitshaltung und Ermüdung — vergleichende Darstellungen der in den verschiedenen Industriezweigen angewandten Ausgestaltung des Arbeitsplatzes — eine Zusammenstellung der Grundformen von Arbeitsitzen — Mittel zur Arbeits-erleichterung und Verhütung vorzeitiger Ermüdung.

Zu Anerkennung der gesundheitslichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Körperhaltung am Arbeitstisch hat der Reichsarbeitsminister die Räume und das Ausstellungsmaterial des Deutschen Arbeitsschutz-Museum für diese Ausstellung kostenlos zur Verfügung gestellt.

b) Dauer und Besuchszeiten der Ausstellung: Die Ausstellung wird am 25. Mai eröffnet und ist vom 26. Mai bis 8. Juni von 9 bis 19 Uhr und anßerdem Dienstags und Freitags von 20 bis 22 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Die Eintrittskarte berechtigt zugleich zum Besuch des Deutschen Arbeitsschutz-Museums. Für Kleiderablage wird keine besondere Gebühr erhoben.

Innerhalb der Besuchszeit finden zu den in der Ausstellung angegebenen Zeiten Filmvorführungen statt. Für die Abendbesucher am Dienstag und Freitag wird im Hörsaal um 20 Uhr ein einleitender Vortrag gehalten, an den sich eine Filmvorführung und eine Führung durch die Sonderausstellung und das Deutsche Arbeitsschutz-Museum anschließt. Vortragskursus über Fragen der Arbeitspsychologie und Arbeitsphysiologie.

Im Zusammenhang mit der Sonderausstellung „Arbeitsitz und Arbeitstisch“ veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene in Gemeinschaft mit dem Deutschen Arbeitsschutz-Museum einen Vortragskursus über arbeitspsychologische und arbeitsphysiologische Fragen. Sein Programm wird Ihnen in der Anlage überreicht. Der Kursus bezweckt, die Darbietungen der Sonderausstellung für Arbeitsitz und Arbeitstisch in den Gesamtrahmen der gewerbehygienisch bedeutsamen Probleme der Nationalisierungstendenzen der Industrie zu setzen und will an diesen Fragen interessierte Kreise, in weiterem Rahmen, als dies durch die Darbietungen der Ausstellung selbst möglich ist, mit den Ergebnissen der Arbeiten der Wissenschaft und Praxis auf diesem Gebiete vertraut machen. Weitere Programme der Vortragsveranstaltung können von der Geschäftsstelle der Gesellschaft, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49, angefordert werden.

Mitgliederbewegung im 1. Vierteljahr 1929

Wirtschaftsbezirke bzm. Gauleitungen	Mitgliederstand am				A Abnahme	Z Zunahme	Summe in Proz.	Abnahme in Proz.
	1. 1. 1929	1. 2. 1929	1. 3. 1929	1. 4. 1929				
1. Nordwest								
a) Bremen	6 688	6 769	6 812	6 866	Z	178	2,7	—
b) Schleswig-Holstein	4 575	4 603	4 582	4 576	"	1	—	—
c) Mecklenburg	3 299	3 321	3 306	3 311	"	12	0,4	—
2. Hamburg	14 562	14 693	14 700	14 753	"	191	1,3	—
3. Westfalen	26 639	27 022	27 400	27 594	A	955	3,6	—
4. Rheinland	15 876	15 784	15 609	15 781	"	95	—	4,0
5. Rhein-Main	10 128	10 288	10 311	10 007	Z	121	—	8,8
6. Rheinpfalz	18 823	18 486	18 499	18 775	"	452	2,5	—
7. Baden	8 862	8 83	8 924	8 957	"	95	2,5	—
a) Karlsruhe	8 631	8 695	8 791	8 786	"	155	1,8	—
b) Singen	1 008	998	1 018	1 023	"	15	1,5	—
8. Württemberg	9 639	9 693	9 809	9 809	"	170	1,8	—
9. Bayern	6 474	6 548	6 602	6 636	"	162	2,5	—
a) München	9 832	9 867	10 010	10 034	"	202	2,1	—
b) Nürnberg	7 252	7 133	7 179	7 193	A	59	—	9,2
10. Thüringen	17 084	17 000	17 189	17 227	Z	143	0,8	—
11. Sachsen	6 485	6 528	6 474	6 581	"	96	1,5	—
a) Dresden	13 377	13 411	13 414	13 429	"	52	0,4	—
b) Leipzig	8 003	8 059	8 103	8 156	"	153	1,9	—
c) Zwickau	7 497	7 530	7 585	7 627	"	130	1,7	—
12. Mitteldeutschland	28 877	29 000	29 102	29 212	"	335	1,2	—
a) Magdeburg	9 719	9 607	9 671	9 771	"	52	0,5	—
b) Halberstadt	3 947	3 979	3 957	4 002	"	55	1,4	—
13. Hannover	13 666	13 536	13 653	13 773	"	107	0,8	—
14. Schlesien	7 735	7 786	7 876	7 869	"	134	1,7	—
15. Brandenburg	12 697	13 327	13 370	13 376	"	679	5,4	—
16. Groß-Berlin	9 039	9 173	9 219	9 299	"	260	2,9	—
17. Pommern	33 055	33 055	33 055	40 031	"	1 976	5,2	—
a) Stettin	3 802	3 959	4 085	4 092	"	290	7,6	—
b) Kolberg	1 826	1 873	1 822	1 830	"	4	0,2	—
18. Ostpreußen	5 628	5 832	5 907	5 922	"	294	5,2	—
Einzelmitglieder	12 108	11 937	12 034	12 413	"	305	2,5	—
Einzelmitglieder	141	125	171	203	"	62	43,9	—
Gesamt	257 018	258 756	259 909	263 218	Z	6 200	2,4	—

als Arbeiterinnen 1 053 000 = 45 Proz., als mithelfende Familienangehörige 3 578 000 = 74 Proz. Beachtenswert ist der große Prozentsatz der Arbeiterinnen und der mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft.

In der Industrie ist die Zahl der Frauen in abhängiger Stellung im Verhältnis zu den Männern in der Gesamtheit geringer, obgleich sie in einzelnen Industrien, z. B. in Textil- und Tabakindustrie, sich weit nach oben verschiebt. Industrie und Handwerk zeigen zusammen folgende Zahlen: Selbständige, einschließlich Pächter, Betriebsleiter und Hausgewerbetreibende 430 000 = 24 Proz., Angestellte und Beamte 335 000 = 23 Proz., Arbeiterinnen 1 959 000 = 20 Proz., mithelfende Familienangehörige 183 000 = 83 Proz.

Wir kommen zu den Gütern geistiger Art. Ihre Vermittlung ist nicht nur Angelegenheit des Familienkreises, sie vollzieht sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Nur einige wesentliche Arbeitsgebiete dieser Art, in denen die Frauen tätig sind, können hier herausgegriffen werden. Das Unterrichts- und Kunst-, das Rechtswesen.

Bildung, Erziehung und Unterricht weisen für die Frauen folgende Zahlen auf: Selbständige 6 000 = 3 Proz., Angestellte und Beamte 98 000 = 32 Proz., Arbeiterinnen 15 000 = 62 Proz.

Theater, Oper, Musik, Lichtspiel, Rundfunk: Selbständige 12 000 = 41 Proz., Angestellte 16 000 = 28 Proz., Arbeiter 5 000 = 34 Proz.

Rechtsberatung, Interessenvertretung: Selbständige 284 = 1 Proz., Angestellte 35 000 = 44 Proz., Arbeiter 17 000 = 26 Proz.

Ein weiteres wichtiges Gebiet der Frauenarbeit ist Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege. Es seien zwei wichtige Gebiete herausgegriffen: In der Krankenpflege, in Anstalten waren Frauen tätig: Selbständige 1 600 = 24 Proz., Angestellte 85 000 = 74 Proz., Arbeiterinnen 50 000 = 73 Proz. In der offenen Krankenpflege und Gesundheitsfürsorge: Selbständige 33 000 = 37 Proz., Angestellte und Beamte 22 000 = 67 Proz., Arbeiterinnen 3 000 = 58 Proz. In der Wohlfahrtspflege und sozialen Fürsorge: Selbständige 2 000 = 72 Proz., Angestellte und Beamte 38 000 = 83 Proz., Arbeiterinnen 14 000 = 78 Proz. In Verwaltung und Justiz: Selbständige 286 = 1 Proz., Angestellte 39 000 = 7 Proz., Arbeiterinnen 14 000 = 17 Proz.

Wenn auch viele Gebiete der Frauenarbeit nicht einmal genannt werden können, so zeigen allein schon diese Angaben zur Genüge, daß der Ring der Frauenleistung sich ineinanderfügt und sich schließt zu einer vollen großen Gesamtleistung. Wer dürfte es da wagen, einen Wertmesser anzulegen an die Leistung und Bedeutung der einzelnen Gruppen? Keine kann fehlen, wer magt es zu sagen, die eine oder andere Schicht hätte geistlose Beschäftigung, habe nur Mechanisches zu schaffen? Welcher Beruf wäre überhaupt ganz frei davon? Oede Strecken gibt es auch im Lehrberuf, ermüdende, eintönige Dinge in der Aktenbearbeitung der Verwaltung, der Fürsorgeämter, gibt es wahrscheinlich auch bei mancher unnützen Inanspruchnahme von Beamtinnen in den höchsten Staatsstellen.

Wir klagen, der Fortschritt der Technik mechanisiere, veröde die Arbeit und die Maschine verdränge die Arbeitskräfte. Das Erste ist auch nur bedingt richtig, denn bessere Technik erleichtert ja den Arbeitsvorgang. Die Einführung neuer Maschinen macht gewiß auf der einen Stelle Menschenkraft überflüssig — beansprucht sie dafür aber nicht neue Kräfte an einer anderen Stelle? Der Staubsauger z. B. hat eine Anzahl Leute, die berufsmäßig in großen Häusern Teppiche klopfen, entbehrlich gemacht. Dafür hat die rasch wachsende Produktion des Staubsaugers vielen Menschen neue Arbeit bei der Herstellung verschafft. Solche Beispiele lassen sich in großer Fülle finden. Nein, die Art der Arbeit ist es nicht so sehr, die das Schaffen so freudlos macht, es ist vielmehr das auf höchste Leistung, höchsten Gewinn gerichtete, unerhörte Tempo unserer Zeit, die erdrückende Fühlbarmachung der Abhängigkeit. Vorgesetzte und Werkführer sind gehalten zum ständigen Antrieb der Kräfte, Stoppuhr und andere Kontrollmaßnahmen messen Zeit und Leistung in einer Weise, die das Selbstgefühl des Menschen verletzen und seine Arbeitsfreude untergraben muß. Die Tragik unserer Zeit liegt nach wie vor in der Haltung der Menschen untereinander. Im Betrieb ebenso wie im gesellschaftlichen Leben.

Sür die Frauen

Die Frau im Wirtschaftsleben

Wieweit die Frau als Arbeitskraft bereits im Wirtschaftsleben verwurzelt ist, erfahren wir auf Grund der Berufszählung von 1925. Als erster und umfassendster Berufszweig steht die Hauswirtschaft obenan, die das Wesen der Bestimmung der Wirtschaft — nämlich den Bedürfnissen der Menschen zu dienen — am reinsten zum Ausdruck bringt. 8 800 000 Hausfrauen sind in ihr tätig, hinzu kommen die kleinen Haushalte der Ledigen, die hauswirtschaftlichen Großbetriebe, wie Gasthäuser, Krankenhäuser, Sanatorien usw. Sie alle sorgen für die letzte Zubereitung und Zuführung der Lebensgüter an die Menschen. Neben den Hausfrauen und Selbstverorgern sind in den hauswirtschaftlichen Betrieben 1,3 Millionen weibliche Hausgehilfen tätig. Dieser dem Menschen also unmittelbar nahegerückte Zweig der Wirtschaft wird ganz allein von Frauen verwaltet und bearbeitet.

Die Vermittlung der Güter an die Hauswirtschaft, also an die Verbraucher, übernimmt der Handel, Einzelhandel wie Großhandel. Er beschäftigt eine außerordentlich große Zahl an weiblichen Arbeitskräften:

	Gesamtzahl d. h. einschließlich Männer
als Selbständige	263 000 = 23 Proz.
als Angestellte	609 000 = 41 Proz.
als Arbeiter	246 000 = 34 Proz.
als mithelfende Familienangehörige	359 000 = 87 Proz.

Technisch übernimmt die Vermittlung von Nachrichten und Gütern das Verkehrswesen. (Post, Bahn, Schifffahrt.) Im Verkehrswesen ist die Gesamtzahl der Frauen rund 100 000 (97 279), davon sind Selbständige 2 000, Angestellte und Beamte 72 000, Arbeiterinnen 19 000, mithelfende Familienangehörige 2 000.

Greifen wir weiter zurück zum Ursprung der Güter: Die Landwirtschaft baut und bearbeitet die Früchte der Erde. Der Bergbau fördert die Bodenschätze heraus. Industrie und Handwerk verarbeiten das Rohmaterial zu Gebrauchsgegenständen. In der Landwirtschaft und Gärtnerei sind an weiblichen Kräften als Selbständige, Pächter und Betriebsleiter 325 000 = 14 Proz., als Angestellte und Beamte 12 000 = 7 Proz.,

Entfernung der Wirtschaftsführer von der Arbeitnehmerschaft, die Kluft zwischen den Ständen gegenseitig, wird nicht so sehr bedingt durch das Gesetz der Zahl, das die persönliche Fühlung unmöglich macht, als durch die Reserviertheit, den Geist der Ueberheblichkeit und mangelnder Liebe gegen diejenigen, von denen man mit aller Selbstverständlichkeit als von den „unteren Schichten“ spricht. Eine Haltung, die unserem deutschen Volk zum politischen Verhängnis werden muß.

Wir müssen die Selbstständigkeit des Denkens allen, auch den handarbeitenden Ständen zutrauen in der Erkenntnis, daß persönliche Reife, daß die Mündigkeit eines Standes nicht von der Form des Wissens abhängt. Man hat oft geklagt, daß die Arbeiterin nicht zu reden verstehe. Sie wird eben niemals ihren Gedanken dort Ausdruck geben, wo sie das Gefühl hat, nicht für voll genommen, nicht verstanden zu werden. Das ist aber kein Beweis fehlender Gedanken. Man komme nur in den eigenen Kreis der Arbeiterinnen und man wird eine Sprache hören, die auf praktischer Lebenserfahrung und Beobachtung fußt, nicht angelernt, aber wahr und lehrreich. Nicht theoretische Problemstellungen werden da erörtert, nein, wir kommen ganz nahe den Dingen, wie sie sind, wie sie von denen gefühlt werden, die ihnen am nächsten stehen. Viel wissenschaftlicher Pessimismus würde da zerbrechen. Die irrtümliche zweckbestimmte Meinung, daß der Arbeitsmensch von heute „nicht mehr arbeiten wolle“, würde widerlegt. Ja wir wehren uns mit aller Leidenschaft im Bewußtsein unseres Rechtes dagegen, wenn unser Ringen um gerechte Bezahlung, Begrenzung der Arbeitszeit, Schutz in der Not durch die soziale Versicherung in der Öffentlichkeit als Arbeitsunwilligkeit ausgelegt wird. Gerade weil wir unsere Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit, unseren Lebenswert erhalten und erhöhen wollen, darum wollen wir soziales Recht in Arbeit und Betrieb.

Es ist eine weitverbreitete irrtümliche Meinung, daß die Bestrebungen der Gewerkschaften nur materieller Natur seien. Die materiellen Erfolge dienen vielmehr dazu, die tragfähige äußere Grundlage zu schaffen für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und auch der Stellung der Familie. Es ist auch der Verband, der Gelegenheit und Einrichtungen bietet, berufliches und allgemeines Bildungsgut zu erwerben und daran innerlich zu wachsen. So soll sich auch der Blick weiten für alles Große und Schöne, soll frei und froh sich öffnen für das Ewige, Göttliche, das unsere Seele sucht.

Von den Frauen in der Wirtschaft wäre manche Forderung an die Wirtschaft selbst zu richten, deshalb gehen heute zahlreiche sozialpolitische Wünsche über die Volksvertretung an die Regierung. Und weil die Welt ein immer enger ineinander verschlungenes Wirtschaftsgebilde darstellt, so haben auch die Frauen der internationalen Sozialpolitik besondere Beachtung und Förderung gewidmet. Frau und Wirtschaft bedeutet eben nicht nur, daß es kaum einen Gegenstand unseres täglichen Bedürfnisses mehr gibt, an dem nicht Frauenleistung in irgendeiner Form sich realisiert hätte, sondern bedeutet zugleich das Ringen und Kämpfen jener Millionen, die dem modernen Arbeitsprozeß mit seinen Auswirkungen auf den persönlichen Menschen am unmittelbarsten ausgesetzt sind. Gerade hier erstreckt in höchstem Maße die Forderung: Schutz der Frau durch die Frau. Nicht als ob Frauen imstande sein könnten, den Mechanisierungsprozeß der Arbeit aufzuhalten, der ja unabhängig von unserer direkten Beeinflussung einen unaufhaltbaren Entwicklungsablauf darstellt. Aber daß bei der heute bis zum äußersten gehenden Rationalisierung und Intensivierung der Betriebe gerade ein verständnisvolles Eingehen auf die Zeitnotwendigkeiten es erforderlich macht, den menschlichen Anforderungen der Arbeitenden innerhalb der Technik der Betriebsabwicklung in gebührender Weise Rechnung zu tragen. Denn zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft kommt es nicht nur auf richtige Bemessung der Arbeitszeit, auf ausreichend und zweckmäßig gelegte Pausen, Dauer und Lage des Urlaubs und ausreichende Entlohnung an. Nicht nur biologische Zweckmäßigkeit aller Einrichtungen ist dringend geboten und auf hygienische Gegenwirkungen gegen unvermeidbare, einseitige Berufsnaachteile gerade im Interesse der Frau erhöhter Bedacht zu nehmen. Von ganz entscheidender Bedeutung hierüber hinaus ist die Art der Menschenführung im Betrieb, weil Spannkraft und Leistungsfähigkeit in weitestem Maße von dem Lebensgefühl des Einzelnen abhängen, das durch richtige Behandlung gefördert, durch psychologisch falsche aber gelähmt und unterdrückt wird.

E. B.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftlich konzentrierte Wirtschaft. Es ist allgemein bekannt, daß die Konzentration der Kräfte in der Volkswirtschaft ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Leistung bei gleichzeitiger Senkung der angewandten Kräfte im Vergleich zur differenzierten Wirtschaft bedeutet. Zwar hat die private kapitalistische Wirtschaft auch schon gegenteilige Resultate geliefert, was aber nichts gegen den Grundsatz der Konzentration sagt, sehr viel aber, wenn nicht Entscheidendes gegen die private kapitalistische Wirtschaftsform. Denn die Privatwirtschaft kann zwar Kapital für den Wirtschaftsprozess konzentrieren, was uns schon Karl Marx in einem Kapitel über die Akkumulation des Kapitals gelehrt hat, aber die Organisation der Menschen für die Wirtschaftszwecke der Kapitalkonzentration hat sie nicht in der Hand. Womit das entscheidende Element zur dauernden Aufrechterhaltung der private kapitalistischen Wirtschaft als Herrschaftsform fehlt.

Anders die Konsumgenossenschaftliche Kräftekonzentration in Wirtschaft und Kapital. Hier wird durch die Organisation der Verbraucher Massen Wirtschaft- und Kapitalkraft erzeugt und konzentriert — eine Kräftekonzentration ergänzt die andere. Woraus sich ohne weiteres die Ueberlegenheit der genossenschaftlichen Kräftekonzentration gegenüber der private kapitalistischen ergibt.

Zu solchen Erwägungen muß man kommen, wenn man dem Geschäftsbericht der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg auch nur eine halbe Stunde Ueberlegung widmet. Er besitzt vor allem, wie überhaupt die Konsumgenossenschaftliche Bilanz und Statistik, den Vorzug der Wahrheit und Klarheit, den man bei anderen Unternehmungsformen aus steuerlichen und anderen Gründen vermissen muß. Diese Großeinkaufs-Gesellschaft — eines der größten Konsumgenossenschaftlichen Produktions- und Handelsunternehmens Europas — existiert kraft der Konzentration von nahezu 3 Millionen Verbraucherfamilien in 1500 deutschen Konsumvereinen. Sie bildet den Brennpunkt der genossenschaftlichen Massen- und Wirtschaftskonzentration. Denn bei ihr allein konzentrierte sich im Jahre 1928 ein Warenumsatz von 444,4 Mill. Mk., von dem 104,7 Mill. Mk. = 65,86 Proz. mehr als im Vorjahr auf die eigene Gütererzeugung entfallen. Sie hat beispielsweise allein in ihren modern eingerichteten Fleischwarenfabriken einen Umsatz von 17,7 Mill. Mk. erzielt und damit den des Vorjahrs um 10,9 Mill. Mk. überschritten. Und dieser Umsatz geht nicht durch einen unwirtschaftlichen Ueberfluß von Handelskanälen an den Verbraucher, der die unnötigen Unkosten und die Kapitalprofite der Industrie und des Großhandels bezahlen muß, sondern lediglich durch die Konsumvereine auf dem direkten Wege an die Verbraucher.

Daß sich aus einer solch konzentrierten und vereinfachten Wirtschaft Kapital entwickelt, das wiederum dem genossenschaftlichen Wirtschaftsprozess dient, also der Gemeinwirtschaft, zeigen ein paar Bilanzzahlen der Großeinkaufs-Gesellschaft. Sie besitzt eigene Bankabteilung, die an Bankeinlagen im Jahre 1928 103,4 Mill. Mk. verzeichnet — zum großen Teile Ersparnisse der in den Konsumvereinen organisierten Verbraucher. Sichergestellt sind diese Vertrauensgelder durch 77,3 Mill. Mk. sog. flüssige Mittel. Von einem Stammkapital mit 15 Mill. Mk. sind rund 10 Mill. einbezahlt. Und der Ueberfluß der Gesellschaft beträgt rund 4,4 Mill. Mk. Bei 8,7 Mill. Mk. Abschreibungen an Grundstücken und Einrichtungen. Dabei sind 13,8 Mill. Mk. Reserven vorhanden, denen weitere 3,8 Mill. Mk. aus dem Ueberfluß zugewiesen werden sollen, so daß die Reserven auf 17,6 Mill. Mk. anwachsen — bei 10 Mill. eingezahltem Stammkapital. Und die „Aktionäre“ — das sind die Konsumvereine — erhalten nur eine Kapitalverzinsung von 5 Proz. = 578 000 Mk.

Aber das durch die konzentrierte Wirtschaftskraft der Verbraucher Massen angehäufte Kapital wird immer wieder von neuem in den Dienst der Konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft gestellt, um immer wieder neue und größere Werte zu erzeugen.

So gibt diese genossenschaftlich konzentrierte Wirtschaftskraft ein klassisches Beispiel von der Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, einen lehrreichen Anschauungsunterricht über den — konstruktiven Sozialismus.

Aus unserer Bewegung

Wirtschaftsbezirk Rheinland. Am 28. April fand in Koblenz die Gaukonferenz des Wirtschaftsbezirks Rheinland statt, die von 48 Delegierten und dem Wirtschaftsbezirksvorstand besucht war. Der Verbandsvorstand war durch den Kollegen Dolenske, der Wirtschaftsbezirk Westfalen durch den Kollegen Bause vertreten. Genosse Elsner begrüßte die Konferenz im Auftrage des Ortsausschusses des ADGB und der sozialdemokratischen Fraktion und wünschte einen vollen Erfolg. Den Ausführungen des Kollegen Heiny war u. a. zu entnehmen, daß die Bewegung im Bezirk eine gesunde ist und gut vorwärts geht. Eine besondere Aufmerksamkeit müsse

jedoch den Tarifverträgen entgegengebracht werden, die die Arbeitgeber abbauen wollen. Festgestellt muß werden, daß Provinz und Gemeinde immer mehr ins Schlepplau der Privatindustrie kommen. Das könne man nur verhindern, indem man den Provinzial- und Kommunalwahlen die nötige Beachtung schenkt. Die Stadtverordneten und Kreisvertreter sind zu wählen, die dem Bestreben, kommunale Betriebe der Privatwirtschaft auszuliefern, mit aller Energie entgegenzutreten. In der Arbeitszeitfrage ist es gelungen, den Achtstundentag überall zu halten mit Ausnahme der Straßenbahner, die heute neun Stunden arbeiten. Mit der Provinzialverwaltung sind neue Verhandlungen angebahnt worden, die jedoch bis jetzt ergebnislos geblieben sind, weil die Provinzialverwaltung eine 54stündige Arbeitszeit haben will. War es uns möglich, bei den Gemeinden und der Provinzialverwaltung die Widerstände auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren und noch Verbesserungen herauszuholen, so liegen die Lohnverhältnisse bei den Reichs- und Staatsarbeitern geradezu trostlos. Man behauptet nicht zu viel, daß die Entlohnung für die Arbeiter und Arbeiterinnen als eine der schlechtesten innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zu bezeichnen ist.

Die christlichen Gewerkschaften wollen wir nicht überschätzen, aber sie richten in der letzten Zeit derart starke Angriffe gegen die freien Gewerkschaften, daß wir daraus unsere Konsequenzen ziehen müssen. Wir müssen die christlichen Arbeiter davon überzeugen, daß auch die Arbeitgeber keine konfessionellen Unterschiede kennen, wenn sie darüber beraten, wie sie den Arbeitern die niedrigsten Löhne zahlen können. Die Arbeitgeber haben ihre Einheitsorganisation, in denen Katholiken wie Protestanten und Juden zusammensitzen. In ihren Organisationen kennt man keine Unterschiede der Weltanschauung. Anders bei der Arbeiterschaft. Sie hätte als der wirtschaftlich schwächere Teil ganz besonders diese Einheit notwendig. Wir haben nie unsere Kollegen nach ihrer religiösen Einstellung gefragt, maßgebend war vielmehr, daß unsere Aufgabe es sein muß, für alle Kollegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Zum Schluß forderte Kollege Heing alle Funktionäre zur weiteren Mitarbeit für den Ausbau der Organisation auf. Die an das Referat des Kollegen Heing anschließende Diskussion befaßte sich im wesentlichen mit den Tarifverhandlungen der Reichs- und Staatsarbeiter. Der Kollege Lengersdorf stellte die Kampfesweise der Christen noch einmal ins rechte Licht und betonte, daß sich unser Kampf nicht nur gegen den Indifferentismus, sondern auch gegen den falschen Geist in den christlichen Gewerkschaften richten müsse. Er gab dann einen Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen der Reichs- und Staatsarbeiter. Hierzu wurde eine scharfe Entschließung angenommen. Die Nachmittagsverhandlung begann mit dem Referat des Kollegen Polenske, Berlin, über die Einführung der Invalidenversicherungszusatzversicherungskasse. Die Konferenz sprach sich für die Einführung dieser Kasse aus. Polenske berichtete weiter über die Verschmelzung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit dem Deutschen Verkehrsbund. Er schilderte eingehend die einzelnen Etappen der Verhandlungen, die bisher erfolgreich waren. Mit einem Schlußwort konnte Kollege Groß die in allen Teilen erfolgreiche Konferenz schließen.

Dresden. In der Mitgliederversammlung am 13. Mai gab Kollege Wolf einen Bericht über die Kammereiarbeiterkonferenz, der von den Kollegen Kirchhoff und Seidel ergänzt wurde. Kollege Förster berichtete über die Tagung des Verbandsrates, wonach die Einführung der Invalidenzusatzversicherung wegen der Verschmelzungsverhandlungen zurückgestellt wurde. Die Verschmelzungsverhandlungen haben gute Fortschritte gemacht, so daß in absehbarer Zeit eine Zusammenlegung der gewerkschaftlichen Kräfte erfolgen wird. Aus dem Kassensbericht des Kollegen Heider ging eine Steigerung des Filialvermögens um rund 10 000 Mark und eine weitere günstige Entwicklung der Mitgliederzahlen hervor. Dann vertrat Kollege Förster den Beschluß des Filialvorstandes auf Ausschluß einiger Mitglieder, die zur Betriebsratswahl der Straßenbahn eine Liste der Opposition eingebracht hatten und zur Wahl kandidierten. Auf Antrag hatte der Vorstand beschlossen, den Ausschluß vorzunehmen, da ein solches Vorgehen gegen die Beschlüsse der Kongresse des ADBG. und die Beschlüsse des Verbandes verstößt. Gegen wenige Stimmen wurde von der stark besuchten Mitgliederversammlung folgende Entschließung angenommen:

„Die am 13. Mai tagende Mitgliederversammlung spricht der Ortsverwaltung Dresden des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter das Vertrauen aus und erklärt sich mit den Maßnahmen der Verwaltung, die aus zwingenden gewerkschaftlichen Gründen und Pflichten erfolgten, einverstanden.“

Osnabrück. In der gut besuchten Versammlung am 10. Mai gab Unterbezirksleiter Scherer die Stellung des kommunalen Arbeitgeberverbandes zu den Lohnforderungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter bekannt. In allen Städten Deutschlands sei eine Entrüstung entstanden, weil der Reichsarbeitgeberverband in Magdeburg beschlossen habe, keine Lohn erhöhungen zu bewilligen. Das sei eigenartig und für die kommenden Bürgerwahlen von Bedeutung. Als vergleichbare Löhne werden

die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter herangezogen, die mit zu den schlechtesten gehören. Trotz einer Indexsteigerung von 5,6 Punkten, was auch der Arbeitgeberverband zugeben mußte, bringt er es für den Bezirk Hannover fertig, den Lohnsatz für ein Jahr weiter gelten zu lassen, der für Arbeiter in Osnabrück einen Stundenlohn von 69 Pf. vorsieht. Nach der Ablehnung eines solch unverständlichen Angebots zeigte auch die angesehene Bezirkschiedsstelle, daß sie alles andere nur nicht sozial eingestellt ist, indem sie eine ganz minimale Stundenlohnerhöhung für zwei Jahre festsetzte. So muß sich also der Zentralausschuß in Berlin damit beschäftigen. Und was an dieser Stelle zu erwarten ist, zeigen die ungemein schwierigen Verhandlungen mit der Reichsbahn. In der Aussprache fanden die Worte des Referenten starken Widerhall. Was die Versammlungsbesucher weiter zum stärksten Protest herausforderte, war, daß die Stadt noch nicht einmal diesen elenden Tarif bezahlt. Ausgerechnet die Ärmsten, die bereits Jahre arbeitslos sind, läßt man unter dem Druck der Verhältnisse unterschreiben, daß sie für 60 und 50 Pf. Stundenlohn arbeiten wollen.

Saargebiet. In der Bezirkskonferenz am 21. April im Volkshaus zu Neunkirchen erstattete Kollege Reuland den Jahresbericht. Nicht sprunghaft, sondern langsam und stetig ist die Entwicklung unseres Verbandes im Saargebiete. Die Arbeiter in den maßgebenden Gemeinden sind organisatorisch erfaßt und auch das prozentuale Verhältnis ist in den einzelnen Gemeinden im Berichtsjahre besser geworden. Mit der Einführung des Reichsmanteltarifes ist eine grundlegende Verbesserung für das Gros der Gemeindeglieder des Saargebietes erreicht worden. Einzelne lokale Schwierigkeiten bei der Durchführung können an diesem Endergebnis nichts ändern. Der Kampf in der Gasversorgung zwischen Ruhrgas und Saargas führte zum Zusammenschluß der Saargebietesinteressenten in der Saargasgesellschaft. Als Kohlengbiet muß das Saargebiet das Bestreben entwickeln, das frühere Lieferungsgebiet in Süddeutschland auch für seinen Gasabtrag zu gewinnen. Dieses ist eine Lebensnotwendigkeit für die Saarwirtschaft. Der Kampf der Privatwirtschaft gegen die kommunale Regie nimmt auch in unserem Wirtschaftsgebiet immer schärfere Formen an. Die Befriedigung der Bedürfnisse der Allgemeinheit kann keineswegs der Privatwirtschaft überlassen werden. Die Bedeutung der kommunalen Regiearbeiten muß von unseren Kollegen mit einem viel tieferen Verständnis erfaßt werden, um so das Verantwortungsgesühl gegenüber der Allgemeinheit zu steigern. — In den Bezirksvorstand wurden die Kollegen Schall, Bofel, Reuland, Kibburg, Sämann, Stark, Kessler, Simon gewählt. — Das vorzügliche Referat des Gauleiters, Kollegen Hund, Ludwigs, über Wirtschaftsdemokratie fand bei unseren Kollegen der sogenannten Opposition wenig Gegenliebe.

Landstraßenwärter

Kreis Gandersheim. Am 3. Mai wurde die zweite diesjährige Betriebsversammlung für die Staats- und Kreisstraßenwärter und die ständigen Hilfsarbeiter im Bauamtsbezirk Gandersheim abgehalten, bei der auch der Landesbaurat anwesend war. Kollege Schmidt-Halberstadt gab Bericht über unsere am 30. April stattgefundene Lohnverhandlung und die Einstellung des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden e. D. Magdeburg. Er wies auch zugleich auf den Beschluß des Reichsarbeitgeberverbandes vom 11. März 1929 hin, daß die Vertreter sämtlicher Bezirksarbeitgeberverbände sich dahin festgelegt hatten, für das Jahr 1929 keine Zugeständnisse an Lohn und dergleichen zu machen. Schmidt berichtete ferner eingehend über den Stand der Ruhelohnfragen für ständige Straßenarbeiter. Dem Kollegen Ebeling als Kreisvertreter wurde erklärt, daß der Arbeitgeberverband der Braunschweigischen Wegebauverwaltungen am 13. Mai 1929 zu dieser Frage Stellung nehmen wolle. Natürlich solle den Straßenarbeitern nur eine Unterstützung zuerkannt werden. Eine reifliche Durchführung der Ruhelohnbestimmungen sei notwendig, wie diese vom Mitteldeutschen Arbeitgeberverband aufgestellt und von der Arbeitnehmerorganisation anerkannt seien. Weiter wurde bemängelt, daß die Krankenkasse nicht die auf sie gesetzten Erwartungen erfüllt habe. Es lag eine Anzahl von Fällen vor, wo der Wärter bei Krankheit der Ehefrau ziemlich erhebliche Kosten selbst tragen mußte. Dem Herrn Baurat wurde zugesagt, sich bei der Krankenkasse für eine Besserung zu verwenden, im übrigen würden vom Bauamt Anträge auf Unterstützung nach wie vor befürwortet.

Mansfelder Gebirgskreis. In der zweiten Betriebsversammlung am 19. April in Greifenhagen berichtete Kollege Schmidt-Halberstadt eingehend über die Einstellung des Arbeitgeberverbandes, ausgehend von der Entstehung des Ruhrkampfes im Dezember 1928 und der Entschließung des Reichsarbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden vom 11. März 1929. Den einzelnen Kollegen wurden diese Ausführungen noch durch Vortrag bezirklicher Vorgänge unterstrichen. — Die Satzungen und die Notwendigkeit der Einführung unserer Invalidenunterstützungskasse in unserer Organisation wurde eingehend behandelt.

Abchluß der Lohnbewegung für die preußischen Staatsarbeiter

Das preußische Staatsministerium hat mit den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen die Weiterführung der Lohnverhandlungen am 8. Mai wieder aufgenommen. Dabei ist es gelungen, eine Vereinbarung zu treffen, der nunmehr auch die preußische Staatsregierung ihre Zustimmung gegeben hat. Danach erhöhen sich die Grundlöhne im Lohngebiet I und II um je 4 Pf. die Stunde. Außerdem ist zwischen dem Lohngebiet I und II eine Angleichung erfolgt, wonach in Zukunft die Differenz zwischen dem Lohngebiet I und II betragen wird: für Handwerker 2 Pf. und für den Angelernten 1 Pf. pro Stunde; für den ungelerten Arbeiter ist der Ausgleich vollständig hergestellt worden. Diese Angleichung bedeutet in der Praxis für das Lohngebiet I eine Lohnerhöhung von 7 bzw. 6 Pf. pro Stunde. Im Lohngebiet III erhöht sich der Lohn um 3 Pf. pro Stunde, jedoch mit der Maßgabe, daß an allen Orten, wo Ortslohnzulagen gewährt werden — gleichviel in welcher Höhe — die Beträge auf einen vollen Pfennig abgerundet werden, so daß also auch im Lohngebiet III in Wirklichkeit eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde eintritt.

Die endgültige Vereinbarung ist bei Redaktionschluß noch nicht getroffen, so daß wir darüber noch nichts berichten können, auch nichts über die Laufzeit dieses Abkommens. Auf die Einzelheiten dieser Lohnbewegung werden wir in einem besonderen Artikel zurückkommen; immerhin darf es heute schon als besonders erfreulich bezeichnet werden, daß die preußische Staatsregierung, vor allen Dingen die an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten, sich dafür mit aller Energie eingesetzt haben, daß dieses Abkommen zustandegekommen ist.

Internationale Rundschau

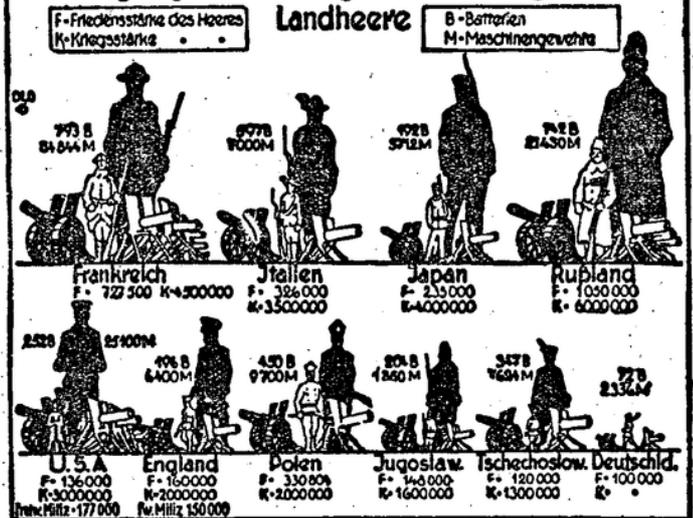
Die Weltgewerkschaftsbewegung. Am 1. Januar 1925 umfaßte die Statistik der Weltgewerkschaftsbewegung 46 Länder mit 36 062 711 Gewerkschaftsmitgliedern; am 1. Januar 1928 stellten sich diese Zahlen auf 62 und 46 187 060. Hieraus geht hervor, daß die Statistik eine Verbesserung erfahren hat: es sind 16 neue Länder (größtenteils latein-amerikanische Länder) aufgenommen worden. Die gewerkschaftlich Organisierten wurden nach ihren verschiedenen Richtungen verteilt: Richtung JGB. (d. h. freigewerkschaftlich Organisierte, ungeachtet ob sie dem JGB. angeschlossen sind oder nicht); kommunistische Organisationen; konfessionelle Organisationen; syndikalistische Organisationen. Die Organisationen, die keiner der vier Hauptrichtungen angehören oder deren Richtung aus verschiedenen Gründen zahlenmäßig nicht festgestellt werden konnte, wurden in die Rubrik „Verschiedene Organisationen“ eingereiht. Die Richtung JGB. umfaßte an diesen beiden Daten 17 702 431 Mitglieder in 30 Ländern (wovon 13 133 004 Mitglieder in 23 Ländern direkt dem JGB. angeschlossen waren) und 19 377 448 Mitglieder in 47 Ländern (wovon 13 144 225 Mitglieder in 26 Ländern direkt dem JGB. angeschlossen waren). Die kommunistische Richtung zählte am 1. Januar 1925 7 333 845 Anhänger in 12 Ländern und 13 670 462 in 17 Ländern am 1. Januar 1928. Die konfessionellen Organisationen umfaßten an diesen Daten 2 112 109 in 15 bzw. 2 149 069 in 15 Ländern. Für die syndikalistische Richtung waren die Zahlen 471 439 und 12 bzw. 285 500 und 12. Die übrigen Organisationen umfaßten 8 442 887 in 32 bzw. 10 704 581 in 36 Ländern. Am 1. Januar 1925 und 1928 war der prozentuale Anteil der Richtungen an der Weltgewerkschaftsbewegung wie folgt: Richtung JGB. 49,1 und 42,0; Kommunisten 20,3 und 29,6; konfessionelle Richtung 5,9 und 4,6; Syndikalisten 1,3 und 0,6; übrige Organisationen 23,4 und 23,2. Der Zuwachs des Prozentsatzes der Kommunisten ist nur Schein: er ist zurückzuführen auf die Steigerung der Mitgliederzahlen in Rußland und die Tatsache, daß Moskau in China 2 800 000 Mitglieder zu seinem Gebiet rechnet.

Rundschau

Wo Sozialisten regieren... In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der Reiseindrücke aus Amerika behandelt (Nr. 223, Seite 2), lesen wir nicht ohne Interesse: „... Da oben von Korruption die Rede war, sei eine Stadt erwähnt, die sich rühmt, ein völlig korruptionsfreies Stadtrégiment zu besitzen. Es ist Milwaukee, die größte Handels- und Industriestadt des Staates Wisconsin. Das Merkwürdigste an der Sache aber ist, daß diese Stadt einen sozialistischen Oberbürgermeister besitzt, der sich nicht scheut, sich ganz offen mit sozialistischen Exekutivbeamten zu umgeben. So etwas ist in Amerika möglich, wo der Sozialismus bei dem Durchschnittsmenschen noch immer als etwas ganz Unheimliches, als staatsgefährlich gilt! Die Sozialisten regieren in Milwaukee schon seit 25 Jahren. Oberbürgermeister Honan — der kürzlich zu der Taufe eines „Milwaukee“ genannten Schiffes der Hamburg-Amerika-Linie in Deutschland war und dabei auch Frankfurt besuchte — blickt auf eine zwölfjährige Amtszeit zurück. In der Tat scheinen die Sozialisten hier ausgezeichnetes geleistet zu haben. Nicht nur, daß die Stadt stolz darauf ist, keine Bestechungserscheinung mehr zu besitzen — es soll in dieser Hinsicht früher gerade um Milwaukee sehr schlimm gestanden haben —, sie brüstet sich auch, unter allen Städten der Vereinigten Staaten über den besten Kredit zu verfügen. Sie ist an die Abtragung

ihrer Schulden gegangen und hofft, in dreißig Jahren vollkommen schuldenfrei zu sein. Und dabei hat sie doch unendlich viel für das öffentliche Leben getan, für ihre Schulen, die als geradezu musterhaft gelten, für die Verbesserung der Straßen, für die Gestaltung ihrer Seefront und den Ausbau ihres Hafens, für die Ordnung ihres Polizeiwesens und für manches andere. Ich habe viele Bürger von Milwaukee, darunter solche, die entschieden stockkonservativ waren, gefragt, was sie von Oberbürgermeister Honan, diesem Sozialisten, dächten. Sie haben alle miteinander geantwortet: daß er Sozialist sei, mache ihnen nichts aus; er sei ein außergewöhnlich tüchtiger Kerl, an extremely efficient fellow, sie würden ihre Stimmen stets für ihn abgeben. Erfreuliche Ueberparteilichkeit, die man auch anderswo wünschen möchte.“

Der gegenwärtige-Rüstungsstand



Eine neue Leistung der Volksfürsorge. Manche private deutsche Lebensversicherungsgesellschaft könnte froh sein, wenn sie in einem Jahre den Neuzugang hätte, die unsere Volksfürsorge schon in einem Monat erreicht. Die Volksfürsorge hat im April dieses Jahres ein neues Höchstresultat erzielt, indem 58 265 Versicherungsanträge mit 26 960 343 Mk. Versicherungssumme im Hauptbureau in Hamburg eingingen. Diese hervorragende Entwicklung der Volksfürsorge ist ein Beweis dafür, daß auf allen Gebieten Großes geschaffen werden kann, wenn die Arbeitnehmerschaft den Weg der Selbsthilfe beschreitet, ihre Kräfte zusammenfaßt und nicht zerplittert.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, die 6. Reichskonferenz für das Gesundheitswesen zum 22. bis 24. August 1929 nach Halle a. d. S. einzuberufen. Die Einzelheiten über Delegiertenwahl u. a. werden in Nr. 11 der „Sanitätswart“ bekanntgemacht.
Der Verbandsvorstand.